

Polenener Zeitung.

Achtziger Jahrgang.

Annoncen
Annahme-Bureaus
In Breslau außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Dreiteilige 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei T. Streissand,
in Breslau b. Emil Rabatz.

Nr. 45.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Die politische Parteistellung in Frankreich.

Das alte Jahr drohte bekanntlich in Frankreich bei Gelegenheit der Budgetdebatte einen verhängnisvollen Konflikt zwischen Gambetta und den entschiedenen Republikanern einerseits und dem Ministerpräsidenten Jules Simon und dem linken Zentrum der Deputiertenkammer andererseits hervorzutreten und so eine Verschiebung der bisherigen Parteidistanzen zu veranlassen. Der Senat hatte nämlich das Recht beansprucht, bei der Feststellung des Budgets nur während mitzumachen, er hatte demgemäß nach der Regierung geforderte Kredite, die von der Majorität der Deputiertenkammer gestrichen waren, wiederhergestellt. Der betreffende Paragraph der Verfassung (Artikel 8) läßt eine doppelte Deutung zu. Jules Simon trat in der Sitzung der Deputiertenkammer vom 28. Dezember v. J. für die Ansicht des Senates in die Schranken und erklärte u. A., daß die in Rede stehende staatsrechtliche Prinzipienfrage, ob der Senat das von ihm beanspruchte, von den Gambettisten und Radikalen ihm über befristete Budgetrechte besitze oder nicht, schließlich nur durch einen Appell an das Volk, d. h. durch eine Kammerauflösung, entschieden werden könnte. Dahin aber wollte es die Mehrheit der Deputiertenkammer nicht kommen lassen, vielmehr beschloß leichtere mit 367 gegen 145 Stimmen, zur Beratung der einzelnen Kapitel des Budgets, wie es vom Senat herübergekommen war, überzugehen. Sie genehmigte sogar die Wiederherstellung des Kredits für die Feldprediger mit 269 gegen 22 Stimmen, wenn sie auch fast alle übrigen der vom Senat modifizierten Kapitel in der von ihr früher beschlossenen Fassung aufrecht erhält. Ob indeß das jetzt bestehende Institut der Militärgeistlichen, welches selbstverständlich an den Ultramontanen die wärmsten Befürworter findet, von langer Dauer sein wird, ist fraglich; es liegt wenigstens ein Antrag auf Abschaffung des Gesetzes über die betreffenden Geistlichen vor.

Der Senat erkannte die Nachgiebigkeit der Deputiertenkammer bereitwillig an, wenn er auch, wie es in dem betreffenden Ausschußberichte hieß, sein Bedauern darüber ausdrückt, daß nicht alle seine Beschlüsse den Beifall der Deputiertenkammer gefunden hätten. Auf diese Weise erreichte der genannte Konflikt noch im alten Jahre sein Ende; die Kammer hatte den Senat zwar tatsächlich gewähren lassen, aber sie hatte doch die von ihm beanspruchten Budgetrechte verneint und einen Antrag anerkannt. Sie verhinderte die Eventualität einer Kammerauflösung, die offenbar auf das, namentlich in Frankreich, so bedeutende Neujahrsgeschäft äußerst nachtheilig gewirkt und sie, die Deputiertenkammer, selbst wahrscheinlich beim Volke sehr unbeliebt gemacht haben würde.

Über den so zu Stande gekommenen Kompromiß machten sich sehr bald verschiedene Meinungen geltend. Man nannte den Sieg des Ministerpräsidenten Simon einen „Pyrrhuszug“, während die Radikalen und Intransigenten auf der einen, und die monarchistischen Fraktionen auf der anderen Seite über das „Waterloo des Herrn Gambetta“ frohlockten. Man prophezeite, schon in der bald nach Neujahr beginnenden nächsten Session der Legislative werde das Kabinett Simon die größte Mühe haben, in der Deputiertenkammer eine genügende republikanische Majorität zusammen zu bekommen, während es auf die Fahnentrennung der Senatsmajorität, hinter der die Herren Buffet und v. Broglie standen, noch viel weniger rechnen könnte. Allein bis jetzt sind alle diese bösen Prophezeiungen nicht eingetroffen. Die Regierung erkannte die versöhnliche Haltung Gambetta's vollkommen an; sie entsetzte 8 monarchistisch gesinnte Präfekten ihrer Stellen und ernannte dafür 6 treue Republikaner, ja, sie stellte noch weitere Veränderungen in derselben Richtung in Aussicht und begnadigte 54 wegen Theilnahme am Kommune-Aufstande Verurteilte.

Unter solchen Umständen wurde die Deputiertenkammer am 9. Januar und der Senat am Tage darauf eröffnet. Die erste wählte ihr früheres Bureau wieder und der Senat folgte dem gegebenen Beispiel, obwohl Herr v. Broglie noch im letzten Augenblick den Versuch machen wollte, einige Bonapartisten in das neue Bureau zu bringen. An die Stelle des zum Justizminister ernannten früheren Vizepräsidenten des Senats, des Herrn Martel, trat der von der Linken vorgeschlagene Graf Nampor.

Einen sehr wohlthätigen Eindruck machte übrigens das Auftreten des Justizministers Martel in der Sitzung der Deputiertenkammer vom 12. d. M. Der genannte Minister erklärte nämlich mit Recht und unter dem lebhaftesten Beifall aller republikanisch gesinnten Fraktionen, daß das Institut der Richter der sogenannten „Commissions mixtes“, die noch aus den Zeiten des Staatsstreiks stammten, „eine abscheuliche Einrichtung“ sei. „Wenn das Unrecht der Richter“, sagte er u. A., „welche an den gemischten Kommissionen Theil genommen haben, bis zu einem gewissen Grade auch hier und da eine mildere Urtheilung zuläßt, so werde ich doch niemals dulden, daß den gemischten Kommissionen, die Tausende von Familien mit Proskriptionen belegten, Strafen erfanden, jede Vertheidigung unterdrücken und die abscheulichste und schauerlichste, durch Kommissare gebildete Justiz waren, was gespendet wird.“ Alle Proteste der Bonapartisten, die z. B. von Paul Castagnac und Jolibois erhoben wurden, hinderten nicht, daß die Kammer mit 395 gegen 2 Stimmen (die Bonapartisten, enthielten sich der Abstimmung) eine Tagesordnung annahm, welche das Verfahren des Justizministers billigte und sich dessen Urteil über die gemischten Kommissionen vollständig anschloß. Zum Überfluß erklärte auch noch der Conseilspräsident Jules Simon, der Justizminister Martel habe ganz die Ansicht der Regierung ausgesprochen.

Wir möchten das geschilderte Auftreten Martel's und das erwähnte Votum der Kammer nicht in zu rosigem Lichte betrachten,

aber bemerkenswert bleibt der Vorfall doch. Durch das energische Entfernen der politisch kompromittierten Nähe aus den Gerichtshöfen wird der Justizminister nicht nur in Fühlung mit seiner eigenen Fraktion bleiben, sondern die Sympathie der Majorität der Kammer gewinnen. Und wenn es dem Ministerpräsidenten gelingt, wie es allerdings den Anschein hat, sich in der Kammer eine dauernde Majorität von etwa 300 Stimmen den Bonapartisten, Legitimisten und Intransigenten gegenüber herauszuhilfen, so dürfen auch die letzten Spuren des Konflikts vom alten Jahre verwischt werden. Die „République Française“, das Organ Gambetta's, erklärte kürzlich in den wärmsten Worten, daß die Kammermajorität einem Ministerium sicher sei, welches den laut und offen fundgegebenen Wünschen des Volkes freundlich entgegengekommen sei. Inzwischen haben die Vorsitzende der drei Fraktionen der Linken Schritte getan, eine größere Einigung unter sich ins Leben zu rufen. Man will jede Woche einmal eine gemeinschaftliche Sitzung abhalten und, wenn besondere Gründe dazu vorliegen, noch außerdem auf eine dessfallsige Einladung hin zur Beratung zusammenentreten. So könnte sich dann allerdings der ursprüngliche Plan Gambetta's verwirklichen, aus der gesamten Linken eine große republikanische Gesamtheit zu organisieren, die, wie gegenwärtig, eine Regierungspartei bilden würde. Mit den Orleanisten steht Jules Simon in diesem Augenblick ebenfalls auf gutem Fuße; dieselben haben ihm durch Audiffret-Pasquier und Bocher ihre Unterstützung anbieten lassen, vorläufig ohne eine Gegenleistung dafür zu beanspruchen. Wahrscheinlich aber werden die Orleanisten für die in der Armee dienenden jungen orleanistischen Prinzen ein Avancement wünschen. In der Armee herrscht aber noch immer der Bonapartismus vor.

In Anbetracht der geschilderten Parteistellung in Frankreich kann es auffallen, daß ein fortschrittliches Berliner Blatt die Haltung Gambetta's seit dem Konflikte als eine „staatskluge“ bezeichnet, was sie in der That auch ist. Die ruhige und besonnene Erwagung der politischen Situation, die Gambetta nicht abzusprechen ist, und sein Bemühen, die republikanischen Fraktionen der Linken in der französischen Nationalversammlung möglichst zu vereinigen, sollte im deutschen Reichstage von den liberalen Parteien, namentlich von den Heppspornen der Fortschrittspartei, nachgeahmt werden, unbekümmert darum, ob eine solche Vereinigung von ewiger Dauer ist oder nicht.

Die politische Bedeutung der Wahlen ist nach zwei Seiten in's Auge zu fassen, einerseits die nächste parlamentarische Bedeutung, andererseits die Bedeutung für die innere politische Lage überhaupt. So beginnt die „Provinzial-Korr.“ einen Artikel und legt sodann die Auffassung der Regierung wie folgt dar:

Die Folgen der Wahlen für den nächsten Reichstag werden sich erst bestimmter übersehen lassen, wenn die Nachwahlen vollzogen und damit die Stärke der einzelnen Parteien endgültig festgestellt ist. Vorläufig fallen zwei Punkte in's Gewicht, einerseits die Stärke der rechten Seite des Hauses, welche in der Vereinigung aller konservativen Kräfte nahezu 80 Stimmen betragen wird, andererseits die stärkere Scheidung der national-liberalen Partei von der demokratischen Fortschrittspartei. Bei den Reichstagswahlen ist zunächst erreicht worden, daß die national-liberale Partei sich auf ihre eigenen Füße gestellt hat, und die Auseinandersetzungen, welche den Schluß der vorigen Session und die gesamte Wahlbewegung bezeichnet haben, können um so weniger ohne dauernde Folgen für die Parteistellungen bleiben, als inzwischen das mächtige und drohende Hervortreten der sozial-demokratischen Partei ein neues wichtiges Moment politischer Erwägungen hinzugebracht hat. Von der national-liberalen Partei wird seitdem mit der größten Entscheidlichkeit verkündet, daß es sich jetzt vor Allem um den festen Zusammenschluß aller staatserhaltenden Kräfte handele.

Die größere Zahl sozial-demokratischer Abgeordneten wird im Reichstage selbst zunächst schwerlich von großer Bedeutung sein: wenn dieselbe sich bei den Nachwahlen auf 15 steigern sollte, so würde es allerdings häufig in der Hand der sozial-demokratischen Fraktion liegen, selbstständige Anträge im Reichstage zu stellen und dadurch jeder Zeit Gelegenheit zu agitatorischen Verhandlungen zu finden. Im Übrigen wird die Vermehrung der Zahl der Abgeordneten der sozial-demokratischen Partei schwierlich zugleich einen Zuwachs an geistiger Kraft und an parlamentarischem Einfluß derselben bringen.

Die große Bedeutung der sozial-demokratischen Wahlen liegt vielmehr in der tatsächlichen Bewährung der Macht, welche der Sozialismus in weiten Volksmassen bereits gewonnen hat und in der hierin zu erkennenden Bedrohung der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn bisher auf die Macht und Gefahr der sozial-demokratischen Bewegung hingewiesen wurde, so wurden die warnenden Stimmen meist überhört und namentlich von Seiten der Fortschrittspartei als bloße Gespensterferei behandelt. Jetzt ist auch den Ungläubigen klar geworden, daß dies vermeintliche Gespenst nicht bloß Fleisch und Bein, sondern auch alle Aussicht hat, sich auf dem Boden der Wirklichkeit als eine Macht Geltung zu verschaffen. Das Wachsthum der sozialistischen Streitkräfte ist nicht nach der Zahl der schließlich errungenen Sitze zu bemessen — sondern es kommt vor Allem in Betracht, daß die soziale Agitation in allen größeren Sammelpunkten der arbeitenden Bevölkerung Macht genug gewonnen hat, um entweder ihre eigenen Kandidaten durchzusetzen oder doch einen entscheidenden Einfluß auf den Ausgang der Wahl zu üben.

Über die Gefahr, welche diese Wahnehmung in Bezug auf die gesellschaftliche Ordnung und Sicherheit, sowie in Bezug auf die höchsten moralischen Güter des Volkes in sich birgt, kann für keinen verständigen Politiker, welcher Partei er sonst angehört, ein Zweifel obwalten. Zu welchen Zielen die sozialistische Bewegung führt, das ist seit den Greueln des Bürgerkrieges in Frankreich und Spanien dem Gedächtnis der Weltöffentlichkeit eingeprägt. Vernichtungskrieg gegen die bestehende Ordnung in Staat und Gesellschaft, gegen Religion und Kirche, gegen Familie und Eigentum, das war das Programm der französischen und spanischen Kommunisten, und die Sozialdemokraten bei uns haben sich rückhaltslos zur Gemeinschaft mit jenen ausländischen Genossen in Grundsätzen und Zielen bekannt. Gegen solche Widersacher werden Angesichts der Macht, die sie

herrschen soll, die schoggelastene Seite oder breiter Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Rummel bis 5 Uhr Nachmittags angemessen.

1877.

Freitag, 19. Januar
(Erscheint täglich drei Mal)

Annoncen
Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. T. Danck & Co., Hasenstein & Vogler, Rudolph Wolf.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendenkmal“.

bereits errungen, alle guten Kräfte der Nation zu vereinten Anstrengungen zusammen zu fassen seien, um den steigenden Fluthen der drohenden Bewegung feste Dämme entgegen zu legen.

Kein Kompromiß! lautet die Parole der Wortschriften der liberalen Berliner Wählerschaft. In einer Versammlung der fortschrittlichen Wähler des ersten Reichswahlkreises wurde beschlossen, an dem gewerbevereinigten Dr. Max Hirsch festzuhalten. Am Schluss dieser Versammlung bezeichnete der Abg. Dunker das Gericht eines Kompromisses zwischen den Fortschrittler und den Nationalliberalen in Berlin als jeder Begründung entbehrend und gab unter dem stürmischen Beifall der Versammlung die Versicherung, daß er in demselben Augenblick, wo der angebliche Kompromiß dennoch zu Stande komme, sein Mandat niederlegen werde, da er dann nicht wisse, für wen er mit seinen Prinzipien einzutreten habe. — Unter solchen Umständen halten natürlich auch die nationalliberalen Wähler des zweiten Wahlkreises an Herrn v. Forckenbeck gegenüber dem fortschrittlichen Abgeordneten Kloß fest. Angehört dieses Verhaltens beginnt die „Nat. Z.“ ihren leitenden Artikel in der Mittwoch-Abendnummer mit folgender Philippika:

Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen, die Berliner Fortschrittler. Nicht das Aufschwelen der sozialistischen Fluth und die damit dem ganzen Bürgerthum drohende Gefahr, nicht das Vordringen der Konseriativen, nicht die reihenweise Niederlegung ihrer eignen fortschrittlichen Sitze hat ihnen einen neuen Gedanken gegeben. Auf den Wahlversammlungen, die von der Fortschrittspartei in Berlin gehalten werden, agiert und spricht man, als sei nie ein zehnter Januar über das Land gegangen. In den Versammlungen, welche die Partei in den letzten Tagen hier veranstaltet hatte, erscholl das alte Kriegsgeschrei gegen die Nationalliberalen, nur mit einer durch die Niederlage geschwärzten Bitterkeit. Die gefrigre Versammlung in der Passage charakterisiert besser als alles, was Dritte sagen können, die unbeabsichtigte Blindheit, mit welcher diese Männer geschlagen sind. „Die Niederlage der Fortschrittspartei in Berlin sei nur eine vermeintliche“, so drückte sich der Hauptredner der Passage-Versammlung Herr Dr. Hermes aus. Man traut seinen Augen nicht, sieht man solches! Zwei Reichstagsbezirke sind definitiv an die Sozialdemokraten verloren, in einem dritten steht ihr Kandidat zur engeren Wahl, in zwei anderen Wahlkreisen werden die Stimmen der Sozialdemokratie allem Ansehen nach den Ausschlag geben, zwischen den gegenüberstehenden Kandidaturen der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei — das ist das Bild des Wahlergebnisses und in diesem Ergebnis findet der fortschrittliche Redner nur eine „vermeintliche“ Niederlage.

Wie wir hören, schreibt die „Germania“, gedenken viele von der 10. Februar am 10. Januar dem Freiherrn von Scholtensee oder Herrn Bierberg (Feritza) die Stimme zu geben, bei der für den 26. d. in Aussicht genommenen engeren Wahl nicht für den Regierungskandidaten von Forckenbeck, sondern für die Kandidaten der Fortschrittspartei Hirsch und Kloß zu stimmen. Einverstanden fügt das ultramontane Blatt hinzu.

Die Sozialisten rühen sich ebenfalls, um ihre Siege zu vermehren. „Vorwärts“, das sozialdemokratische Hauptblatt, schreibt:

Wir wissen, daß unsere Wählerfolge von den Männern der „Flinte schießt und Säbel hau“-Staatsräson zu reaktionären Zwecken werden ausgenutzt werden und — wir werden diese notwendige Frucht unserer Siege zu tragen verstehen.

Und nun frisch zu den Stichwahlen!

Der 10. Januar hat gezeigt, daß es nur drei Parteien in Deutschland gibt: die Partei der politischen und ökonomischen Zwinger, die eine reaktionäre Masse, und die Partei der politischen und ökonomischen Geknechteten.

Dort das Kapital, hier die Arbeit!

Gegen uns alle Parteien der bestehenden Klasse.

Für uns das Volk, so weit es seine Interessen begriffen hat.

Auf zum Kampf.

Auf zu neuen Siegen!

Vorwärts!

Die Agitation für die Stichwahlen ist, wie man sich nach diesem Aufruf denken kann, überall sehr rege.

Die sozialdemokratische „Vergische Volksstimme“, Organ Hasselmann's, schreibt:

Ueber das Verhalten der Sozialdemokratie bei engeren Wahlen durchlaufen die Zeitungen verschiedene gänzlich unbegründete Gerüchte. So thischen die „Frankfurter Zeitung“ und nach ihr verschiedene andere Blätter ihren Leuten auf, daß die Sozialdemokraten des Kreises Hagen sich bei der Stichwahl spalten und größtentheils für Herrn Forckenbeck gegen den fortschrittlichen Herrn Eugen Richter stimmen würden. Diese Nachricht ist einfach erfunden, indem einerseits die Sozialdemokraten niemals sich spalten, sondern vielmehr entweder in geschlossener Reihe, ca. 1700 Wähler stark, stimmen, oder eben so einheitlich sich der Stimmen enthalten werden, andererseits ein Beschuß in Betreff des Kreises Hagen, wie wir bestimmt wissen, überhaupt noch nicht gesetzt ist. Es ist doch handgreiflich, daß die Sozialdemokraten zunächst das Ende dieser Woche abwarten werden, um zu erfahren, ob bezüglich der Haltung der rheinländischen Fortschrittspartei und der nationalliberalen Partei dort, wo es sich um die Wahl von kompromißsuchigen Regierungsmännern handelt, überhaupt ein Unterschied existiert oder nicht, denn Thatsachen, nicht bloße Parteinauen sind maßgebend für politische Handlungen. Eben so wenig ist das von einigen Zeitungen kolportierte Gerücht begründet, als hätten in Mainz, wo ein Kompromißkandidat der Liberalen und Herr Morgang der Kandidat der Zentrumspartei, in der Stichwahl sich befinden, die Sozialdemokraten ihrerseits einen Kompromiß mit den Liberalen geschlossen. Allerdings geben die circa 1800 sozialistischen Stimmen den Ausschlag, aber die Entschließung ist bestimmt noch nicht erfolgt; es hat sich überhaupt erst am Sonntag herausgestellt, daß die Liberalen in eine engere Wahl kommen, indem man anfänglich glaubte, der liberale Kandidat habe gegen sämtliche Gegner gesiegt. Überhaupt zeigen jene, welche von sozialdemokratischen Kompromissen reden, eine gänzliche Unkenntnis der von den Sozialisten ganz offen proklamierten Parteitaktik. Nach den Beschlüssen des vorjährigen Kongresses ist den Wahlkomites der einzelnen Kreise durchaus nicht gefasset, ihrerseits Kompromisse einzugehen, sie haben, falls ein solcher passend erscheine, lediglich dieserhalb an das Zentralwahlkomitee Bericht zu erstatthen, welches dann seinerseits nach Erwägung aller praktischen und prinzipiellen

Rücksichten und mit Beachtung der Person des Kandidaten die definitive Entscheidung treffen muss. Hieraus ist aber jedenfalls zur Genüge ersichtlich, daß schon der Kürze der Zeit halber in diesem Augenblick von Wahlkompromissen nicht die Rede sein kann, wäre ein Komitee vorschnell vorangegangen, so würde diese Handlung einen Organisationsbruch einschließen und bestimmt vom Zentralwahlkomitee rechtfertigt werden. Wir meinen aber, daß selbst unsere Feinde uns alles Andere über zutrauen werden, als Disziplinlosigkeit und Mangel an Organisation.

Zur Verbesserung unserer gestrigen Notiz über die Stichwahl im Kreise Hagen, wo die Ultramontanen die Entscheidung haben, ob Eugen Richter durchkommen soll oder nicht, können wir, schreibt das "Berl. Tagebl.", mittheilen, daß die Ultramontanen auch dann, wenn die Fortschrittspartei in Danzig nicht zu Gunsten des Zentrums-Kandidaten stimmt, entschlossen sind, für Eugen Richter zu votiren, da sie, wie sie sagen, „diese Firma doch nicht wollen verwischen lassen.“

In dem Leitartikel unserer vorigen Hauptnummer „National-liberale und Fortschrittler“ gehört der letzte Absatz nicht zu dem vorhergehenden berliner Z-Briefe, sondern ist Beifügung der Redaktion und nur in Folge eines Verschubs des Setsers ebenso klein gedruckt wie die vorhergehende Korrespondenz. Der letzte Absatz beginnt mit den Worten: „Für die Reinhaltung der fortschrittlichen Lehre sc.“

Deutschland.

Berlin, 17. Januar. Dem Bundesrat ist Seitens des Reichskanzlers eine von dem statistischen Amt aufgestellte Übersicht der Bevölkerungsgrößen des deutschen Reichs nach der Zählung vom 1. Dezember 1875, nebst zwei Beilagen, enthaltend die Ergebnisse der von den Bundesregierungen aufgestellten Übersichten 1. über die Begrenzung und Bevölkerung der Direktionsbezirke für die Verwaltung der Zölle und gemeinschaftlichen indirekten Steuern, sowie der Zollauschüsse des deutschen Reichs und 2. über die Begrenzung und Bevölkerung der Armeecorpsbezirke des deutschen Reichs, vorgelegt worden. Danach betrug bei der Zählung die ortsansässige Bevölkerung überhaupt in Preußen 25,742,404, in Bayern 5,022,290, in Sachsen 2,760,586, in Württemberg 1,881,505, in Baden 1,507,179, in Hessen 884,218, in Mecklenburg-Schwerin 553,785, in Sachsen-Weimar 292,933, in Mecklenburg-Strelitz 95,673, in Oldenburg 319,314, in Braunschweig 327,493, in Sachsen-Meiningen 194,844, in Sachsen-Koburg-Gotha 182,529, in Anhalt 213,565, in Schwarzburg-Rudolstadt 76,676, in Schwarzburg-Sondershausen 67,480, in Walde 54,743, in Neuß ältere Linie 46,935, in Neuß j. Linie 92,375, in Schaumburg-Lippe 33,133, in Lippe 112,452, in Lübeck 56,912, in Bremen 112,200, in Hamburg 388,618, in Elsass-Lothringen 1,531,804, zusammen im deutschen Reich 42,727,280. Darunter waren Reichsausländer 290,799. — In dem Besinden der Prinzessin Carl war in der vorigen Nacht in Folge sehr heftigen Erbrechens eine Erleichterung eingetreten, woraus geschlossen wurde, daß die Lebensgefahr wieder hinausgeschoben sei. Es fragt sich allerdings, ob die hohe Kranke auch die große Schwäche noch länger überwindet. Heute Mittag waren wieder sehr ungünstige Nachrichten verbreitet. — Die "Börsen-Zeitung" tischt heute wieder das bereits als abgethan gestandene Gericht auf, daß der Feldmarschall von Manteuffel in russische Dienste übertreten werde. Auch jetzt muß dieser Nachricht auf das bestimmtste widersprochen werden. Es kann versichert werden, daß dem genannten hohen Militär eine solche Absicht auch nicht im entferntesten in den Sinn gekommen ist.

Gestern Vormittag hat im landwirtschaftlichen Ministerium eine Beratung über die Weichselregulierung stattgefunden. Zu dieser Konferenz hatte der Minister Dr. Friedenthal mehrere Abgeordnete aus der Provinz Preußen, unter Anderen den Landesdirektor Rickert, den Vorsitzenden des Provinziallandtags v. Saucken-Tarputzien, den Kreisgerichtsrath von Wisselink, den Kaufmann Wiedewald, den Bankier Hirsch, den Bürgermeister Wagner eingeladen, und außer diesen Herren nahmen noch einige höhere Beamte des landwirtschaftlichen Ministeriums an der Besprechung Theil, die drei volle Stunden dauerte. Die Pläne für die Weichselregulierung sowie die dazu erforderlichen Voranschläge wurden vorgelegt; letztere sind allerdings noch nicht durchgängig bis ins Einzelne ausgearbeitet, doch hofft der Minister, sie bis Ende des Monats unterbreiten zu können. Nach dem Projekt, wie es bis jetzt festgestellt ist, soll die Regulierung der Weichsel von der Mondauer Spitze bis zum Ausfluss auf den Durchstich von der damiger Spitze durch Nerode, sowie auf die Coupur und Kanalisierung der Nogat, endlich auf den Durchstich der Kłosowka-Kampe unterhalb Pidler sich erstrecken.

Ein in unser wirtschaftliches Leben tief einschneidende Kata-

zität ist uns von den letzten Tagen bescheinigt worden. Die Kinderpest ist in Nord-Deutschland ausgebrochen und zwar allem Anschein nach mit ungewohnter Heftigkeit. Das "B. Tagebl." schreibt hierzu:

Wir haben die einzelnen Fälle bereits, so weit thunlich, registriert und zur Mittheilung gebracht, in welchen Maße die Vieh-Exporthäuser Hamburg und Altona von der Seuche betroffen werden. Nachzufragen ist, daß laut amtlicher Bekanntmachung der Bezirksregierung zu Breslau auch unter dem Viehstande der Zuchtfabrik Konfidorff bei Bieg die Kinderpest aufgetreten ist. Der Ausbruch der Seuche erfolgte bei einem Transport Ossen, welche auf dem Schlachtwiehemarkt zu Breslau von einem Händler aus Beuthen in Oberschlesien angekauft waren. Von Reichskanzleramt ist bereits der Regierungspräsident v. Bötticher zu Altona (Adresse: Altona, Polizei-Amt) zum Reichskommissariats für die Abwehr und die Unterdrückung der Seuche ernannt worden. Wir bringen diese Erinnerung zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerkung, daß sämliche Polizeibehörden laut Gesetz gehalten sind, den Requisitionen dieses Reichskommissars unverzüglich Folge zu geben und ihn von allen denjenigen Erscheinungen unverzüglich zu benachrichtigen, welche für die Ermittlung des Ursprungs und der Verbreitung der Seuche von Bedeutung sein können. Der Rückschlag, welcher sich in unserem Viehhandel mit dem Auslande demnächst bemerkbar machen wird, dürfte leider ein recht schwerer sein. Bereits hat Dänemark eine Grenzsperrung gegen die deutsche Viehinfuhr angeordnet, und aus London kommt gleichfalls telegraphisch die amtliche Ankündigung einer starken Verkehrsbeschränkung mit England. Die London "Gazette" veröffentlicht, daß unter dem aus Hamburg in Deptford angekommenen Vieh der Ausbruch der Kinderpest konstatiert und deshalb auf Grund der bestehenden geleglichen Bestimmungen verfügt worden, daß vom 17. d. M. ab alle aus Deutschland kommenden Schafe und Ziegen binnen 10 Tagen nach der Ausschiffung geschlachtet werden müssen." Speziell Berlin ist, so viel wir wissen, der bedeutendste Knotenpunkt des europäischen Viehhandels. Von hier aus werden die riesigen Viehtransporte nach England dirigiert, das unter den europäischen Staaten ziemlich den hervorragendsten Fleischkonsum aufweist. Berlin ist der Durchgangspunkt für die endlosen Viehsendungen, die aus Ungarn und Russland kommen in deutschen Häfen nach Britannien verschifft werden. Selbst Frankreich bezieht den größeren Theil seines Fleisches aus resp. über Deutschland. Unter solchen Umständen braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, welche Einbußen der deutsche Viehhandel durch den so jähren und heftigen Ausbruch der Seuche zu erleiden haben wird, und es bleibt nur dringend zu wünschen, daß die Thätigkeit der deutschen Sanitätsbehörden ein baldiges Erlöschen der Pest im Gefolge hat.

Die "Prov. Korresp." schreibt:

Unser Kaiser und das gesamte Königliche Haus sind in diesen Tagen schwerlich bewegt und erregt durch die lebensgefährliche Wendung, welche die Krankheit Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Prinzessin Carl seit einigen Tagen genommen hat. Das Kaiserpaar und die königliche Familie sind fast unausgefest in der Nähe der schwer Leidenden versammelt. Die Kaiserin bringt mit dem tief erschütterten Prinzen Carl und dessen Familie die Nächte am Krankenlager ihrer Schwester zu. — Auch in der Bevölkerung äußert sich die innigste Theilnahme an dem schwerlichen Leid der Prinzessin, welche sich von jeder einer großen Beliebtheit in allen Kreisen erfreute. Sie ist bekanntlich die ältere Schwester unserer Kaiserin und ihre Heirath mit dem Prinzen Karl fand (1827) zwei Jahre früher als die unseres jetzigen Kaiserpaars statt. Nach der Verlobung schrieb Wilhelm von Humboldt von Weimar an Stein: „Die Prinzessin ist nicht nur von sehr schönen Wuchs und sehr einnehmender Gelehrtheitbildung, sondern auch von dem sanftesten, besten Charakter und besitzt, außer den Kenntnissen und der äußerer Bildung, die man in ihrem Stande voraussegen kann, auch die innere, deutsche, die sie gerade in Weimar vorzüglich gut erhalten konnte.“ Die Eigenschaften, welche damals der jungen Prinzessin nachgeahmt wurden, haben sich in ihrem Leben und Walten jeder Zeit bewährt und ihre Zuneigung und Achtung in den weitesten Kreisen gesichert. Um so aufrichtiger teilt die Bevölkerung die jüngsten schweren Sorgen unseres Kaiserhauses.

Unterdessen ist die Prinzessin heut morgen (am 18. d. M.) verschieden. — Wir tragen hier noch einige Notizen nach, welche ein Berliner Blatt unter dem 17. d. M. bringt:

Die Nacht zum 17. d. M. hat die Prinzessin bis 4½ Uhr ruhig geschlafen und dann einige Nahrung zu sich genommen. Am Dienstag Nachmittag hatte sie auch den Fürsten und die Fürstin empfangen. Der Kaiser und die Kaiserin, sowie sämliche Mitglieder der königlichen Familie waren vorgestern Abend längere Zeit im Palais des Prinzen und der Prinzessin Karl vereint. Der weitere Verlauf der Krankheit wird lediglich von dem Kräftezustand und dessen Erhaltung abhängen. Prinz Karl hat die ganze Nacht, ohne selbst der Ruhe zu pfeilen, am Krankenbett seiner leidenden Gemahlin zugebracht; auch Prinz Friedrich Karl hat das Palais seiner Eltern seit Dienstag nicht verlassen. — Nachricht: Im Laufe des gestrigen Vormittags, wie in den zwei ersten Nachmittagsstunden ist in dem Besindien der Frau Prinzessin eine Wendung zum Besseren, trotz der günstig verlaufenen Nacht, nicht eingetreten. Der Kräftezustand hat sich nicht gebessert. Vor dem Palais, auf der nördlichen Seite des Wilhelmplatzes, steht und bewegt sich seit Mittag lautlos eine zahlreiche Menge, deren Blicke sich zu dem ersten Stockwerk emporrichten, in welchem die Gemächer der erlauchten Kranken liegen.

Münster, 16. Januar. Der "Westf. Merkur" gibt heute bezüglich der westfälischen Stichwahlen für seine Heerde die Lösung aus. Das letzte Wort lautet: „Also — kein Kompromiß mit den National-Liberalen und noch weniger mit den Sozialdemokraten — lieber Wahleinhaltung. Das unsere Lösung!“

tung der Londoner sinkt. Ohne Zweifel ist er ein Bewohner Moskau und ebenso heimatlich als durch seinen Namen fühlte ich mich durch die hiesigen Firmen Lazarev, Goldstein, Bernstein, Kantorowicz und so viele andere durch die ganze Stadt verstreute angewöhnt. Ein echt posener Gebrauch ist auch der, daß die hiesigen Juden, welche also meist Namen tragen, die unserer Provinz familiär sind, am Sonnabend ihre Geschäfte geschlossen halten. In Paris und Brüssel, wo hin sich gleichfalls soviel posener Israeliten mit Erfolg transferirt haben, wäre das unerhört. Der hierher überstießende Jude hält aber auch sonst treuer an seinen Gewohnheiten als der nach jenen beiden Börsenstädten einwandernde; namentlich ist er auf seinen deutschen Ursprung und seine deutsche Sprache stolz. Er schreibt sich, so oft er nur kann, die Hochachtung der Engländer für deutsches Wesen bezeugend, nicht Mr., sondern Herr und annonciert z. B. „Herr Isidor Fränkel's modern great coats“ oder „Fräulein Täubchen Meier's new singing method.“ Auch hilft er unentgeltlich und uneigennützig den vielen neuankommenden und, wie das die Regel ist, zuerst hier völlig verdutzten „Landsleuten aus dem Reich.“ Das ist mir von vielen Seiten glaubwürdig bezeugt worden. Namentlich also, wer von Posen herkommt, kann darauf rechnen, daß wenn er irgendwo in dem hiesigen Menschen gewöhnt sich keinen Rath weiß und die Frage laut hinwirft „Is there no Posener here?“ ihm durchschnüllig in sieben Fällen auf zehn wohl immer geantwortet wird „dem Mann kann geholfen werden.“

Freilich wird auch der hier eingebürgerte Posener dem Neuanommenden nicht zu allen Dingen helfen können. Par exemple, nicht dazu die „Kaiser-i-Hind“, das ist der offizielle Titel wie er jetzt in Indien proklamiert wurde, von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Durch persönliche Verbindungen hatte ich letzten Sonntag im Windsor-

Oesterreich.

Wien. Die Farce mit dem General Tschernajeff in Prag hat endlich ihr Ende erreicht. Derselbe ist bereits, nachdem ihm der Osten verschlossen worden, in der Metropole des Westens, in Paris, angelangt. Wie das "N. W. T." meldet, war das Betragen des russischen Volkscampfers für die Slawensache gegen die österreichische Bevölkerung ein ekelhaft widerhaariges. Dem genannten Blatt wird aus Prag vom 15. d. telegraphiert: „In Prag wurde konstatiert, daß Tschernajeff tatsächlich auch aus Russland ausgewiesen ist.“ Tschernajeff's Beschwerde-Telegramm gegen die Ausweisung aus Oesterreich an den Fürsten Goritschaffo blieb unbeantwortet. Der Bürgermeister drückte sein Bedauern aus, Tschernajeff besucht zu haben. Das versiegelte Ausweisungs-Dekret schickte Tschernajeff uneröffnet an den Statthalter zurück, welcher die sofortige Rücksendung an den Adressaten befahl. Hierauf steckte Tschernajeff den Ausweisungsbefehl in ein an den Statthalter adressiertes Konvert, welches durch einen Lohn diener in die Statthalterei gebracht wurde; in Abwesenheit des Statthalters wurde im Präsidium das Konvert entriegelt und das Dekret abermals zurückgewiesen, worauf erst dasselbe durch den Polizei kommissär entriegelt und Tschernajeff verletzt wurde.“

West. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, überreichte die ungarische Studentendeputation am 13. d. M. den Ehrenfaßel an Abdul Kerim Pascha. Es war gerade große Parade und bei der Vorbeifahrt der Deputation präsentierten die Soldaten das Gewehr. In Gegenwart mehrerer Stabsoffiziere und sonstiger Notabilitäten empfing Abdul Kerim die Studenten. Er erwiederte „nabez schütteln“ und „außerordentlich bescheiden“ auf die Ansprache der Redner der Deputation, welcher den Heroismus des Feldherrn und seiner Soldaten lobte. Der Krieg — sagte Abdul Kerim — sei nur zu entschuldigen, wenn er für die Moral und die Gerechtigkeit geführt werde, wie es bei dem letzten Kriege der Türkei eben der Fall gewesen sei (!!), darum danke er für die Sympathie und akzeptiere den Ehrenfaßel. Es fand hierauf großer Empfang bei dem Kriegsminister statt. Die neuste hierher gelangte Nummer des offiziösen wiener "Fremdenblattes" bezeichnet diese verdeckte Demonstration einer handvoll magyarischer faseweiser Jungen nach Gebühr als „dumm, lächerlich und gefährlich.“

Italien.

Die bei dem Vatikan beglaubigte Diplomatie begleitete in jüngster Zeit die Befürchtung, daß in Folge der neulich dem Kardinal Simeoni übertragenen außerordentlichen Gewalten in Betreff der Administration der Güter des Heiligen Stuhles der Papst auch für den Fall seines Ablebens schwerwiegende Bestimmungen bezüglich des zukünftigen Konklave getroffen und angeordnet haben könnte, daß dasselbe nicht in Rom abgehalten werde. Sämtliche Botschafter waren, wie die "N. fr. Pr." meldet, angewiesen, Aufklärungen zu verlangen. Kardinal Simeoni erwiederte diesbezüglich, daß das päpstliche Dekret gar nicht oder doch nur sehr mittelbar die Absichten des Papstes bezüglich des künftigen Konklave berühre. Der Heilige Vater habe nur die Stellung unterfucht, in welcher sich der Vatikan an dem Tage des Abiebens des Papstes der italienischen Regierung gegenüber befinden würde. Unter gewöhnlichen Verhältnissen der weltlichen souveränen Gewalt wäre im Vatikan der Camerlengo geblieben, der aber ein vom Garantiegesetz der italienischen Regierung beschützter Kardinal weder ist noch sein kann. Wenn das zukünftige Konklave sich außerhalb Roms versammelt hätte, dann hätte es eine von den Garantiegesetzen nicht geschirmte Autorität dargestellt und man hätte vielleicht das Recht zu haben geglaubt, den Vatikan zu besetzen und von demselben Besitz zu ergreifen. Um diese Gefahr zu beschwören, habe der Papst den Staatssekretär mit jenen Befugnissen bekleidet, welche früher dem Camerlengo zustanden. So werde sich die italienische Regierung einem Purpurträger gegenüber sehen, dem der Papst die volle eigene Autorität übertrug, welche man werde respektieren müssen, wenn man überhaupt die Garantiegesetze achten wolle.

Die Politik des Vatikans scheint eine Schwenkung gemacht zu haben. Wenigstens hat der Papst, nachdem er Jahre hindurch den italienischen Clerikalen eine Beihilfung an den Wahlen, als eine Anerkennung der italienischen Verfassung involviert, untersagt hatte, neuerdings am Drei-Königs-Tage eine Aufsprache an italienische Pilger gehalten, in welcher er ausdrücklich gestattete, daß die Katholiken in Zukunft an die Urnen treten können, um gegen neuerliche, noch größere Verfolgungen der Kirche zu protestieren. Auf eindringliches bitten (wessen?) soll der Papst jedoch,

parke dieses selteue Glück. Die Königin-Kaiserin lebt bekanntlich nicht nur nach den Gesetzen der englischen Respektabilität, welche dem jungen Mädchen große Freiheit, der verheiratheten Frau bedeutende Schranken und der Wittwe die größte Zurückhaltung anweisen, in fast völliger Eingezogenheit; sondern Frau Victoria geht nach dem Urteil vieler ihrer Subjekts in Erfüllung der Wittwenpflichten sehr weit. In Volltrauer schritt sie durch den Park und der müterliche Blick ihres stumm bereiteten Auges vermochte den überwundenen Eindruck der majestatischen Figur nur schwach zu mildern. Nicht schwarz war in der Kostümierung Ihrer Majestät nur der weiße Kleidungsstück (die neue Mode Goinsborough); allein die gewaltige Feder, welche sich über diese Coiffirung modegerecht hinstreckt, war doch wieder schwarz. Tolerant wie alle Engländer, ist Königin Victoria indessen weit entfernt, dieselbe Trauer von anderer Seite fundgeben sehen zu wollen. Prinzessin Beatrice, das jüngste (neunte) Kind der im achtundfünfzigsten Jahre stehenden Monarchin lustwandelt ihrer Mutter zur Rechten, in einem lichten hellgrauen und himmelblauen Anzuge, welche der anmutig heiteren Gestalt außerordentlich gut zu Gesicht stand. Der Prinz Arthur, Herzog von Connaught, geboren am 1. Mai 1850, ging scherhaft in den Fußspuren seiner am 14. April 1857 geborenen Schwester. Er ist, so viel ich weiß, augenblicklich Oberst und soll demnächst das Kommando einer Hafengarnison übernehmen. Dem Beispiel der englischen Armee-Offiziere folgend, ging er in einem möglichst unscheinbaren grauen Zivilcostüm nebst schwarzen Zylinder; um seinen Hals schlängt sich das Kravattenmodell "Stanley" und den völlig unumgänglichen Regenschirm trug er unter dem Arme.

Dies gibt mir Gelegenheit zu einer letzten Bemerkung für denjenigen Posener, welcher zum ersten Male hierher kommen wollte

Ein posener Kind in der Fremde.

Reiseplaudereien von Dr. S. Leffort.

II.

Aus dem Mittelpunkt des Weltmarktes.

London, den 10. Januar.

(Schluß.)

Im Reich der Erheiterung sorgt eine Stadt, welche das anerkannte Haupt des "Sportingfolk" ist, selbstverständlich für immer Neues. Neidlos akzeptieren gegenwärtig die Pariser, die doch sonst noch immer stolz darauf sind Tonangeber der Mode zu sein, nachdem der Koller des marche à la tête de la civilisation sich vorübergehend gezeigt hat, einen der neuen londoner Improvisats nach dem andern. Der vortreffliche Ulster, welcher schon einmal in diesem Jahrhundert nach 1830 als "Gehrock" seine Reise von England durch die Welt angetreten hat, ist von der französischen Herrenwelt im Nu adoptirt worden; und die Einführung der Skatingrinks von London aus hat für die feinere Welt von Paris seit einem Jahre eine völlige Revolution der Gewohnheiten erzeugt.

Ich komme absichtlich vom hundertsten in's tausendste und so erzähle ich meinen Landsleuten, daß der neue "Posener" auf den hiesigen Skatingrinks augenblicklich gang und gäbe ist. Unter der Envelope "Posener's Rink surprise box" steht vor mir ein niedliches Kästchen mit verschiedenen Rauchutensilien, welches zu kaufen man auf den vielen Rinks leicht verleitet wird. Der Inhalt entspricht nicht ganz dem Preise, aber „schad't nichts“, es soll ja eine Überraschung sein, wenn auch wesentlich über das bezahlte Geld; und jedenfalls ist "Posener" ein Mann, der durch diese Kunst nicht in der Ach-

wie wiener Blättern aus Rom telegraphiert wird, gestattet haben, daß diese Stelle seiner Rede bei der Veröffentlichung unterdrückt werde. Der „Italie“ sei es aber gelungen, sich den ursprünglichen Wortlaut der Rede zu verschaffen, dessen Veröffentlichung im Vatikan außerordentliches Missfallen erregte. Es wurde eine strenge Untersuchung angeordnet, um zu ermitteln, wer der „Italie“ den Urtext verschafft habe. Für die Zukunft sollen zur Verhütung derartiger Vorkommnisse die stärksten Maßregeln ergriffen werden, dieß dürfen aber um so schwerer auszuführen sein, als der Papst die Gewohnheit hat, sich in seinen beratenden Erfürten sehr geben zu lassen, und aus dem anwesenden Auditorium Niemand verhindert ist, diese urbi et orbi gesprochenen Worte einer Zeitungsredaktion zu übermitteln. Überdenn ist es ein im Vatikan sehr beliebtes Mittel, die Texte der päpstlichen Reden, sowie sie irgendwo Anstoß erregen, für inkorrekt zu erklären, und der Unterschied zwischen den Reden, welche der Papst gehalten hat, und welche er gehalten haben soll — ist auf diese Weise in der Regel recht erheblich. Im Übrigen scheint die „Italie“ doch Verbindungen zu haben, welche ihr gestatten, Nachrichten wie die obenerwähnten der Welt mitzuteilen.

Frankreich.

Paris, 16. Jan. Der „Moniteur“ äußert sich über die Haltung der Mächte auf der Konferenz und namentlich Deutschlands äußerst anerkennend. In seinem heutigen Orient Artikel heißt es u. A.:

In dem Augenblick, wo so bedauerliche Aussichten zu Tage treten, ist die Eintracht der Mächte vollständiger als jemals, die gefassten Beschlüsse, wie diejenigen, welche zu fassen sind, Alles ist und wird gemeinschaftlich geschehen, und folglich dürfte der europäische Friede nicht gestört werden. Das ist die Haupsache. Wir müssen auch anerkennen, und zwar, um den Zeitungsgerüchten zu begegnen, daß die Haltung Deutschlands nicht minder korrekt ist, als die der anderen europäischen Mächte.

Es ist eigentümlich, zu sehen, wie der offiziöse „Moniteur“ die offiziöse Korrespondenz Havas widerlegt. Sollte der Minister des Auswärtigen seinen Offiziösen nach zwei entgegengesetzten Hinrichtungen keine Weisungen geben?

Paris, 16. Januar. Die französischen Republikaner sind ungehalten über die Deutschen, daß sie nicht mehr wie ehedem sich wegen theoretischer Fragen die Schädel einschlagen, vielmehr die Einheit der Nation und der Reichseinrichtungen in den Vordergrund stellen. Die Fortschrittspartei war „trotz ihrer Schwächen und allzu oft wiederholten Gefälligkeiten gegen den Reichskanzler“ noch am meisten nach dem Willen Gambetta's und Konsorten. Die National-Liberalen sind in ihren Augen starre Zentralisten. Die Franzosen haben recht, daß sie die Nationalliberalen besonders hassen und den Fortschrittmännern und den Ultramontanen sich näher fühlen; denn wenn diese die Mehrheit hätten, so würde es in Berlin hingenommen werden wie in Versailles. Die legitimistische Union wünscht Bismarck heute wieder den Kopf: seine Haltung in Stambul sei für „uns“, d. h. für die Legitimisten und Jesuiten, wichtiger als der Widerstand der Pforte, „den man leicht hätte brechen können, wenn die orientalische Frage nicht für Berlin der Vorwand wäre, andere wichtige Fragen des europäischen Gleichgewichts hervorzurufen“. Was die Union unter letztern versteht, verschweigt sie weißlich; das fromme Publikum kann sich aber darunter das Schrecklichste, was ihm gerade einfällt, denken. „Bien Public“ ist der Ansicht, daß die Sprache des Herrn v. Werther direkt mit den Wahlen vom 10. Januar im Zusammenhang stehe; um dieser furchtbaren Opposition nicht weichen zu müssen, suche Bismarck gerne neue Verwicklungen im Osten; denn die Fortschrittmänner, die Ultramontanen, die Sozialisten, die Esrässer, die Polen, die Dänen, kurz, alle Wissensgängen und Reichsfeinde bilden eine imposante Minderheit, mit welcher der Kanzler zu rechnen sich genötigt sehe wird. So sieht deutsche Politik im französischen Spiegel aus!

Großbritannien und Irland.

London, 15. Januar. Ueber die Hungersnoth im südlichen Indien läßt der Lord Salisbury vertretende Kolonialminister Lord Carnarvon ein für das Publikum bestimmtes, in Form einer Depesche an den General-Gouverneur von Indien gehaltenes Attentat veröffentlichen. Der Minister leitet dasselbe ein mit der Bemerkung, daß er durch die ihm zugegangenen Berichte der indischen Regierung, besonders durch das letzte Telegramm vom 5. Januar, in den Stand gesetzt sei, über die wahrscheinliche gegenwärtige und zukünftige Ausdehnung des Unglücksfalles eine zuverlässige Übersicht zu gewinnen und giebt dann eine Darstellung der Lage und der bereits getroffenen und noch zu treffenden Abhilfsmittel. Die Ursache der Hungersnoth liegt demnach in einem Fehlenschlagen der Ernte in

in den südlichen und westlichen Distrikten Indiens, welches im wesentlichen wiederum auf einen mangelhaften Regenfall zurückzuführen sein dürfte. Bereits im Sommer war aus Madras berichtet, daß Ernteverluste durch Regenmangel im Juli entstanden seien, aber erst eine Depesche der Präsidentschafts-Negierung in Madras vom 2. Dezember gab nachstehende genaue Aufklärung über den weiten Umfang des Unglücks:

Die betroffenen Gegenden vertheilen sich auf die Präsidentschaften Bombay und Madras. In Madras sind bereits 10 Distrikte in Miserei gezogen, während zwei andere bedroht werden, außerdem erstreckt sich dort auch die Hungersnoth auf die in Halbabhängigkeit von der Madras-Präsidentschaft stehenden Vasallenstaaten Madore und den Staat des Nizam. Der Flächeninhalt der betroffenen Gegenden in Madras beträgt annähernd 80,000 englische Quadratmeilen, die Gesamtbevölkerung derselben nahezu 18 Millionen Menschen. In Bombay erstreckt sich die Kalamität über 9 Distrikte im Dekkan und dem südlichen Maharatthalande. Ebenso sind dort die angrenzenden kleineren Vasallenstaaten beigesucht worden. Der Flächeninhalt des unmittelbaren Gebietes beträgt hier 54,000 englischen Quadrat-Meilen, deren Gesamtbevölkerung 8 Millionen Einwohner, von denen 5 Millionen etwa in den unmittelbar ergriffenen Landstrichen wohnhaft sind. Die zur Abhülle seitens der Zentral- und der Präsidialregierungen ergriffenen Maßregeln bestehen in Verwendung großer Trupps von Arbeitern zum Strafbau, Brunnengraben und Herstellung und Reinigung von Wasserbehältern. Größere Werke, wie Eisenbahnen und Kanäle sind in Erwägung gezogen und werden, wenn erforderlich, zur Ausführung gebracht werden. Den letzten Berichten zufolge wird die große Zahl von 84,000 Leuten in der Präsidentschaft Madras und 250,000 in der von Bombay beschäftigt. Einem Briefe der Regierung in Bombay wird entnommen, daß dort die Hungersnoth vermutlich bis zum April stark zunehmen und von diesem Zeitpunkt an ständig abnehmen wird, da dann die im Monat dieses Jahres gewonnene Ernte gereift sein wird, so daß im September das Aufhören der Noth zu erwarten steht. Die Zahlen, für welche während jener Monate Unterstützung zu beschaffen ist durch Beschäftigung für öffentliche Zwecke, betragen, einer im November gemachten Schätzung zufolge, für die Präsidentschaft Bombay: Dezember 200,000, Januar 77: 300,000, Februar 450,000, März 750,000, April 1,000,000, Mai 800,000, Juni 500,000, Juli 300,000, August 100,000, September 50,000 — für Madras liegen keine ähnlichen Aufstellungen vor, doch wird dort der Umfang des Unglücks noch bedeutender werden, da bereits 840,000 Mann bei Unterstützungsarbeiten verwandt werden. Mit Befriedigung wird konstatiert, daß, obgleich der Getreidepreis in den betreffenden Gegenden bis auf die dreifache Höhe angewachsen ist, die Zufuhr an Nahrungsmitteln bisher genügend war. Weitere Maßregeln im Einzelnen sollen der Übereinkunft der Zentral- und der Präsidialregierung in Indien überlassen bleiben. Sehr zu billigen sei die Entsendung Sir R. Temple's seitens des Generalgouverneurs nach Bombay und Madras, da derselbe durch seine erfolgreiche Tätigkeit während der letzten Hungersnoth in Bengalen Erfahrung gesammelt und auch durch seine administrativen Fähigkeiten besonders geeignet sei, die beiden Regierungen mit Rath zu unterstützen und die erforderliche Gemeinsamkeit ihres Vorgehens zu bewerkstelligen. Der Minister stimmt dann dem Generalgouverneur in seiner Klage darüber bei, daß seitens der Präsidentschaft in Madras ohne vorherige Anfrage Gestreide zur Unterstützung der Betroffenen aus öffentlichen Mitteln aufgekauft sei. Es sei erforderlich, daß eine Maßregel, von solch grundsätzlicher Bedeutung nicht ohne Billigung der Zentralregierung hätte ergriffen werden sollen, noch dazu, da der Regierung in Madras telegraphische Benachrichtigung zu Gebote gestanden hätte. Nur wenn ein großer Mangel an Nahrungsmitteln vorhanden sei — was augenscheinlich in Madras nicht der Fall, da dort Theuerung der Hauptgrund der Noth sei — würde überhaupt nach den bisher festgestellten Grundzügen der Anlauf von Nahrungsmitteln gerechtfertigt gewesen sein. Wie aus Berichten aus Bombay sich ergibt, zeige sich dort bereits eine sinkende Tendenz in den Preisen, eine ähnliche Wirkung, das sei zu hoffen, werde auch bald in Madras sich fühlbar machen. Am 15. Januar sind die Präsidentschaften ausführliche Berichte nach Kalkutta abzugeben zu lassen beauftragt.

Bombay, 16. Januar. Die Rolle, welche der englische Bevollmächtigte, Lord Salisbury, auf der Konferenz in Stambul spielt, ist Gegenstand einer eingehenden Diskussion in der hiesigen Presse, aus welcher als besonders interessant die Auslassungen der „Morning Post“ hervorragen, zumal man in den Deduktionen derselben die Urtheile des auswärtigen Amtes zu sehen gewohnt ist. Das genannte Blatt erzählt ohne Hehl, der Marquis in Konstantinopel habe seine Vollmachten überschritten. Diese Vollmachten hätten ihm nicht gestattet, den Forderungen beizutreten, welche von der Vorkonferenz an die Pforte gebracht wurden. Somit wäre die Annäherung des englischen Vertreters an den russischen Botschafter, das enge Zusammengehen beider, welches von Anfang an die Welt überraschte, begründet in der Person des Marquis, nicht aber in der Politik des englischen Kabinetts. Seit lange war ein Zwiespalt zwischen den Anschaulichkeiten Lord Derby's und seines Premiers bemerkbar, denn in den Reden der beiden sowohl vor Meetings als vor dem Parlament wurden wiederholt die verschämlichen Neuzeugungen des auswärtigen Ministers rasch fortgeschwemmt durch die Fluth der Bitterfeiten, mit welchen Lord Beaconsfield das Verhalten Russlands im Orient behandelte. Als der Minister für Indien nach Konstantinopel ging, erwar-

Regenschirm sich blenden läßt, riskirt die entweder direkt ausgesprochene oder durch konkordante Handlungen ausgedrückte Frage:

„Do you mean to say that you believe you are a gentleman?“

Was aber hier in England Gentleman bedeutet und wie sich die so vielfach von den deutschen abweichenden englischen Sitten erklären, darüber das nächste Mal.

Die Ausgrabungen in Olympia.

Athen, 7. Januar. Am vorigen Donnerstag war die zweite ordentliche Sitzung des hiesigen deutschen archäologischen Instituts. In derselben sprach Professor Ernst Curtius der vor einigen Tagen hierher aus Olympia zurückgekehrt war, über die bisherigen Resultate der vorigen Ausgrabungen und über das Programm der nächsten Tätigkeit. An der Ostfronte, sagte er, wurden drei runde Vasen gefunden, die leider durch keine daneben gefundene Inschriften aufgeklärt wurden. Dicht dabei fand man nachträgliche Stücke vom Ostgiebel: zwei Pferdeköpfe, vom Biergespann die beiden am flachen gehaltenen Köpfe mit den Hälsen; einen weiblichen Gewandtorso in der Größe der Giebelfiguren: das erste und zugleich ein vorzügliches Exemplar einer Gewandfigur; die Hälfte eines bartigen, etwas realistisch gehaltenen Köpfes. Vom Westgiebel batte man früher nur ein Fragment; jetzt sind zwei Köpfe, ein männlicher und ein weiblicher hinzugekommen. Der letztere ist wunderbar erhalten. Der merkwürdige Ausdruck völliger Apathie und Regungslosigkeit darin läßt darauf schließen, daß er einer aufbauenden Göttin angehört habe. Das gerade Gegenteil dazu bildet der männliche Kopf; in ihm herrscht leidenschaftliche Bewegung; es ist ein Lepith, der unterlegen ist. Die Augen sind verzogen, die Augenbrauen verzerrt, der Mund geöffnet, in allen Theilen das volle Pathos. Was die Metopenfragmente betrifft, so haben wir ansetzende Funde zu verzeichnen: Auf der Ostseite die Athene in voller Gestalt, die Hand auf den Schild gestützt, ein neues vorzügliches Denkmal zur Würdigung der altpeloponnesischen Schule. In der

tete man nicht eben große Gefügigkeit von ihm. Um so angenehmer war man überrascht, als bald eine Annäherung an General Ignatjeff zu verspüren, die bald in volles Einvernehmen überging und wesentlich dazu beitrug, die europäischen Vertreter in die geschlossene Haltung zu bringen, die bis heute fortduert. Aber die nicht erwünschten Wirkungen der Schröffheit der Pforte haben die Einigkeit Europa's inzwischen ihres Baubers entkleidet. Das Zurückweichen der gesammten Konferenz vor Midhat Pascha hat auch auf den englischen Vertreter seinen Anteil Schaden geworfen. Man sagt sich in Downing-street, daß wenn man sich auf der Konferenz so gestellt hätte wie Lord Beaconsfield's Ansicht es verlangte, der Schaden nicht auf Lord Salisbury gefallen, vielmehr England im Verein mit der Pforte einen Triumph vielleicht hätte einstreichen können. Nun hat Lord Beaconsfield Recht behalten und Lord Derby nebst dem Marquis Unrecht. Da mag es denn an der Zeit sein, das vor dem englischen Volke zu erklären, und vielleicht auch für Lord Derby, den selbstwilligen Marquis in Konstantinopel zu desavouiren.

Rußland und Polen.

Ueber den Gesundheitszustand des russischen Großfürsten Oberbefehlshaber wird der „P. C.“ aus Petersburg vom 16. Januar gemeldet:

Während die Duma (Gemeinde) von Kischeneff Vorbereitungen zu einem Dankgottesdienst und einer Gratulationsadresse traf, um die Genesung des Armee-Kommandanten Großfürsten Nikolai zu feiern, sind heute leider betrübende Nachrichten über den Gesundheitszustand des erlauchten Kranken auf telegraphischem Wege hier eingelangt. Das Fieber hat sich bei dem Großfürsten wieder eingestellt und die Kräfte sind etwas gesunken. Jedenfalls wird die Rekonvalseszenz längere Zeit in Anspruch nehmen. Von einer Erholung derselben im Armee-Kommando verlautet jedoch bis zur Stunde noch nicht das Geringste.

Aus Kamieniec, der Hauptstadt Podoliens, erhält der kralauer „Czas“ einen Bericht vom 5. d. M. über den Zustand der an der Grenze von Rumänien zusammengezogenen russischen Armee, durch welchen die von anderen polnischen Blättern systematisch verbreiteten falschen Nachrichten über diese Armee widerlegt werden. Dieser Bericht lautet:

„Seitdem Russland seine Invasions-Armee an der Grenze von Rumänien aufgestellt hat, haben auswärtige, über den Zustand dieser Armee schlecht unterrichtete Blätter nicht aufgehört, über dieselbe ungenaue und sogar höchst nachteilige Nachrichten in Bezug auf angedachte, durch Mangel an Kleidung und Nahrung bewirkte Demoralisation der Mannschaften zu verbreiten. Diese Nachrichten will ich berichtigten und zwar auf Grund zuverlässigster Informationen. Die zu den ersten Operationen gegen die Türken bestimmte Armee ist nach der ordre de bataille 320,000 Mann stark, hat 540 Feldgeschütze, 60 Mitrailleusen und einen Belagerungspunkt. Die Truppen sind vollständig militärisch gebildet und gefüllt und besonders die Infanterie läßt nichts zu wünschen übrig. Was den Geist der Truppen betrifft, so ist er nicht besser und nicht schlechter als er früher war, und wenn man in Betracht zieht, daß in Folge der allgemeinen Militärsplitt befahrene Elemente in die Armee eingetreten sind, so wird man nicht zu viel sagen, wenn man behauptet, daß Russland noch nie eine so gute Armee auf die Schlachtfalte geführt hat. Nur eine Aenderung macht sich in der russischen Armee gegen früher bemerkbar, nämlich der Mangel an polnischen Offizieren in der Kavallerie, wodurch diese Truppengattung viel an Lebhaftigkeit und Beweglichkeit verloren hat. Der Soldat aller Waffengattungen ist sehr gut gekleidet, alle Infanteristen und Artilleristen sind mit warmen Schafpelzen und guten Stiefeln versehen und jeder trägt sogar noch ein zweites Paar Stiefel im Tornister. Die Mannschaften sind sehr gut genährt und die Militärmagazine mit Lebensmitteln jeder Art für Menschen und Pferde gefüllt.“

Warschau, 15. Jan. Das hiesige Komitee des „Genfer Kreuzes“ entfaltete eine sehr rege Tätigkeit. Dank seiner Initiative wurden in Warschau, Lublin, Kielce, Radom und Lomza an den Militärspitälern Lehrkurse für jene Personen eröffnet, die sich für den Sanitätsdienst im Kriege herabstellen wollen. Solche Personen erhalten — nebst der Verpflegung — 25 Rubel monatlich. Alle diese Ausgaben werden aus der Kasse des „Genfer Kreuzes“ bestritten. — In Lodz, dem polnischen „Manchester“, ist wegen geringen Waarenabsatzes den Arbeitern der meisten Fabriken der Lohn erniedrigt und in manchen sogar die Arbeiterzahl beträchtlich verringert worden. Gleiche Einschränkungsmaßregeln hat man in vielen anderen Fabriken des petrikauer Gouverniums getroffen, weshalb der Notstand unter den arbeitenden Klassen der dortigen Gegend sehr empfindlich zu werden beginnt, und Einbrüche und Diebstähle immer häufiger werden. — In Warschau ist die Unsicherheit schon derartig, daß das Publikum sich gezwungen sieht, zur Selbsthilfe zu greifen. So wurden in einem Stadtbezirk an den betreffenden Kommissarien nicht weniger als siebenzig Gefüße um Erlaubnis zur Anschaffung von Schußwaffen eingereicht. Der Grund dieser Kalamität ist alleinig in der immer größer werdenden Beschäftigungslosigkeit zu suchen. Auch ist die Lage der Großgrundbesitzer auf dem Lande eine äußerst schwierige, so daß

Nähe wurde ein Stück des Cerberus gefunden. Auf der Ostseite der Torso einer Junglingsgestalt. Endlich noch Mosaiken, theils ältere aus Alpheiosfriesen, theils jüngere aus der Zeit Hadrians, in der ein Umbau des Tempels stattgefunden haben muß. So weit Professor Curtius. Darauf sprach Dr. Polling über die Höhle des Prophontos und Dr. Leopold Julius über die Statuengruppe des Eubulus und den dazu gehörigen Kopf der Athena Paonia, von denen Paianias 1, 2, 5 spricht.

Bor zehn Tagen wurde bei den „Hütten von Chasja“, die zum heutigen Demos von Phyle gehören, auf dem Boden des alten Demos der Thriasten ein schönes Grabrelief gefunden. Links vom Zufänger sitzt auf einem Lehnsessel ein nur mit einer Chlamys bekleideter Greis, seine Füße, die mit Sandalen bekleidet sind, ruhen auf einem Schemmel. An dem schön gearbeiteten Kopf fehlt die Nase. Ihm gegenüber steht ein unbekleideter Jungling, der Kopf und zwei Finger der linken Hand fehlen. Der Körper ist sehr fein durchgebildet und die Haltung im hohen Grade edel. Zwischen beiden Gestalten, doch näher bei dem Greise, steht eine Frau in langem Chiton, mit einer Frucht in der linken Hand. Die rechte, auf der das Haupt ruhte, fehlt, wie auch der ganze Oberkörper. Die beiden ersten Gestalten sind als Hautrelief, die mittlere als Basrelief behandelt. Die Breite des Grabdenkmals beträgt 1,43 Meter, die Höhe jetzt 1,70 bis zur Schulter des Junglings. Die ursprüngliche Höhe wird wohl über 2 Meter betragen haben. Von diesem Denkmal wurde auch das aus einem besonderen Marmorstück gearbeitete Giebelfeld gefunden. Auf denselben stehen die Inschriften, und zwar über dem Haupte des Greises: Epichares, Sohn des Plato, aus Denoë; über der Frauengestalt: Demostrate, Tochter des Theotimos aus dem Demos Perse, Mutter des Plato; über dem Jungling endlich: Plato, Sohn des Epichares, aus dem Demos Denoë. Die Inschriften sowohl wie auch das Relief selbst weisen auf das dritte oder vierte Jahrhundert vor Christi Geburt hin. Letzteres ist aber wohl bloß eine Kopie eines Grabdenkmals aus den besten Zeiten der attischen Kunst.

(Nat.-Btg.)

sich auch diese im Wirtschaftsbetriebe verschiedenartig einschränken, und somit auch die Landbevölkerung in vielen Gegenden sehr wenig Erwerb hat. — Das Kreditwesen ist dabei so mangelhaft eingerichtet, daß der jüdische Bucherer für den Bauer der alleinige Helfer in der Not ist. In dem Nachbarlande Galizien soll es, beißig bemerkte, Dörfer geben, auf deren Bauergrundbesitz bis zu 100,000 Gulden Schulden lasten. — Auch die hiesigen Universitätsprofessoren sind von ihrer vorgesetzten Schulbehörde zur Unterzeichnung einer Unterhändnisadresse an den Zaren aus Anlaß der Orientfrage aufgefordert worden. Es versteht sich von selbst, daß Alle, auch die Polen nicht ausgenommen, dieser Aufforderung bereitwilligst nachgekommen sind.

Türkei und Donaufürsthäuser.

Aus Konstantinopel liegt immer noch keine Nachricht über Anzeichen eines nachgebigeren Entgegenkommens seitens der Pforte vor; man müßte denn ein solches Symptom in der gemeldeten höflichen Aufmerksamkeit erblicken, mit welcher der Sultan jedem der am goldenen Horn akkreditirten Diplomaten ein mit Goldschnitt verziertes Exemplar der türkischen „Verfassung“ (natürlich in französischer Sprache) überreichen ließ. Mehr Ironie als Kourtoisie! Mithad Pascha empfing am 15. d. den Spezialkorrespondenten des „Pester Lloyd“ und äußerte sich, wie telegraphisch gemeldet wird, folgendermaßen über die Lage:

Unfere Delegirten haben den Auftrag, auf der Konferenz neuerdings kategorisch zu erklären, daß wir die Überwachungs-Kommission weder in der vorgeschlagenen, noch in einer anderen Form annehmen. Ebenso fest sind wir entschlossen, unter keinerlei Umständen zuzugeben, daß die Erneuerung der Gouverneure an die Zustimmung der Mächte gebunden werde. Ein Land, das sich selbst respektiert und auf Ehre hält, kann solche Zumutungen nur zurückweisen. Wir werden Aehnliches niemals annehmen.“ Bezuglich der Abreise der Bevollmächtigten sagte Mithad: „Diese Eventualität wird uns zu grossem Bedauern gereichen, allein wir werden die Herren reisen lassen. Konzessionen in den erwähnten zwei Punkten werden wir dann ebenso wenig machen, wie jetzt. Alle anderen Punkte der Propositionen können Gegenstand der Diskussion sein und können bei uns auf Entgegenkommen zählen. Wir hoffen auf ein Arrangement, kommt aber ein solches nicht zu Stande, dann werden wir allein jeder Eventualität in die Augen sehen.“ Mit Bezug auf die türkische Armee äußerte der Großeveier: „Die Infanterie hat alle Cadres complets und sind sonach 600 Bataillone verfügbar. Dieser Stand repräsentirt indessen bei weitem nicht alle Kräfte, welche wir im Nothfall disponibel haben. Die Artillerie ist vortrefflich, nur an wissenschaftlich gebildeten Offizieren, welche fähig sind, auch ein selbständiges Kommando zu führen, herrscht Mangel, da die Armee, an fünfzig Punkten verstreut, ebenso viele Führer nötig hätte.“

Dem „Pester Lloyd“ wird ferner aus Konstantinopel eine eigene Gährung signalisiert, und sollen daselbst die fanatischen Alttürken frisch an der Arbeit sein. Mancherlei Anzeichen sprechen, nach dem wiener „Fremdenblatt“, dafür, daß die Ruhe nur eine scheinbare sei, wenigstens wird vom goldenen Horn die Möglichkeit signalisiert, daß der Abbruch der Konferenz und die Abreise der fremden Vertreter für Mithad Pascha selbst und dessen Verfassungswerk leicht verhängnisvoll werden könnte.

Dem „N. W. T.“ wird berichtet: In diplomatischen Kreisen wird die vorsichtige Haltung, deren sich Russland befleißt, auf besondere Motive zurückgeführt. Man glaubt zu wissen, daß einer Gruppe von Mächten der Gedanke nicht fremd ist, im Falle eines unmittelbaren Konfliktes zwischen Russland und der Türkei ihre Mediatisierung einzutreten zu lassen, wofür Artikel 8 des pariser Traktates eine direkte Handhabe bietet, indem derselbe ausdrücklich erklärt, daß im Falle eines Konfliktes zwischen der hohen Pforte und einem der Unterzeichner des pariser Vertrages die übrigen zu vermitteln haben, um die Anwendung von Gewalt zu verhindern. Die Eventualität einer solchen Mediation ist es nun, welche die russische Diplomatie gerne aus dem Wege räumen möchte, da es in der That eine sehr mifliche Überraschung für das Kabinett von St. Petersburg wäre, wenn seiner Aktion gegen die Türkei plötzlich durch die Mediation befreundete Mächte ein Halt zugesetzt würde. Nicht ohne eine gewisse Bedeutung ist es, daß laut Mitteilung der eingelangten rumänischen Blätter die Protestnote des Bukarester Ministeriums gegen die türkische Verfassung bisher nur die Kabinete von Wien und Berlin zu einer Neuerung veranlaßt hat, die in beiden Fällen zustimmend gelautet haben soll. Die übrigen Mächte hüllen sich noch sämmtlich in Stillschweigen über den gedachten Schritt der bukarester Regierung.

Laut Nachrichten aus Jassy hat sich das bulgarisch Komitee, das von der rumänischen Polizei in seiner Thätigkeit gehemmt wurde, in Kobi, an der äußersten Grenze Bessarabiens, eingekriegt und schon 1500 Freiwillige in Rumänien und Siebenbürgen angeworben, welche ein Insurgentencorpus bilden und in die Bulgarei einfallen sollen. Die Tscherkessen der Dobrutsch haben in Folge dieser Bestrebungen wieder eine drohende Haltung angenommen; die türkische Regierung schickte 5000 Mann regulärer Truppen nach Tulscha, um die Tscherkessen in Obacht zu nehmen; zugleich hat die Pforte die rumänische Regierung aufgefordert, die Grenze streng zu überwachen.

Bukarest. Zur rumänisch-türkischen Differenz ist, wie schon kurz gemeldet, die „Vol. Korr.“ in der Lage, die Deutschen ihrem authentischen Wortlauten nach zu veröffentlichen, welche in Angelegenheit der Auslegung der türkischen Verfassung zwischen der fürstlich rumänischen Regierung und dem türkischen Minister des Auswärtigen Savet Pascha im Verlaufe der letzten vierzehn Tage gewechselt wurden.

1.

Bukarest, 22. Dezember 1876 (3. Januar 1877). Der Minister des Außenfern an den Agenten Rumäniens in Konstantinopel, Gener. Ghika. Ich habe Ihr Telegramm vom 20. Dezember (1. Jan.) erhalten, in welchem Sie mir die vom Sr. E. Savet Pascha über den Sinn und die Tragweite des Artifel VII. der konstitutionellen ottomanischen Charte gegebene Erklärungen mittheilen.

Diese Erklärungen haben bei der Regierung Sr. Hoheit des Fürsten Karl einen peinlichen Eindruck hervorgebracht.

Die Kapitulationen der rumänischen Fürsten mit den ottomanischen Sultanen haben zwischen der hohen Pforte und den vereinigten Fürstenthäusern genau bestimmte Verhältnisse begründet, welche nichts zu der Stellung dieser letzteren als souveräner Staat geändert haben.

Der legale Bestand dieser Verhältnisse ist durch den Vertrag und die Konvention von Paris begründet. Diese Kapitulationen bilden heute einen Theil des europäischen öffentlichen Rechtes. In Gemäßigkeit dieser Rechte hat Rumänien seit zwanzig Jahren verschiedene, von den Garantimächten und der hohen Pforte selbst anerkannte politische Akte nationaler Souveränität vollzogen. Welche Umgestaltung die ottomanische Regierung in ihrem inneren Regime durch

die konstitutionelle Charte auch vornehme, so darf diese unsere politische Individualität, welche durch unsere Kapitulationen und die europäischen Verträge gesichert ist, nicht anfeindet.

Die von Sr. Majestät dem Sultan seinen Unterthanen erteilte Charte kann demnach die durch diese internationalen Akte begründeten Beziehungen nicht berühren.

Die Behauptung Sr. Excellenz Savet Pascha's, daß Rumänien eine der privilegierten Provinzen des Reiches sei, ist geeignet, unsere hundertjährigen Rechte in schwerster Weise zu beeinträchtigen. Ein Land hat stets einen von den Provinzen und Besitzungen der Pforte verschiedenen Staat gebildet und unser Souverän kann nicht mit dem Chef einer ottomanischen Provinz verglichen werden.

Die Regierung Sr. Hoheit des Fürsten Karl erfüllt eine gebietserhebliche Pflicht, indem sie die Bestimmungen der ottomanischen Charte,

in Allem, was Rumänien betrifft, für null und nichtig erklärt, und in formellster Weise gegen die Verleugnung unserer durch die Verträge garantirten Rechte protestiert. Die Verantwortlichkeit und die Konsequenzen einer so flagranten Verleugnung fallen ganz auf die ottomanische Regierung zurück, welche Bande zerissen hat, die die Rumänen stets zu arbeiten gewöhnt haben.

Die Regierung Sr. Hoheit des Prinzen Karl, stark in ihrem

guten Rechte und vertraut auf das Gerechtigkeitsgefühl Europas,

hofft, daß die Garantimächte für die Achtung der Rechte der rumänischen Nation Sorge tragen werden.

Ich ermächtige Sie, eine Abschrift dieses Protestes Sr. Excellenz Savet Pascha und ebenso den Vertretern der Garantimächte zu

(Ges.) N. Jonescu.

II.
Hohe Pforte, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten

Nr. 46045/1, 7. Januar 1877.

An den Herrn General Fürsten Ghika, Agenten der vereinigten Fürstenthäuser Moldau-Wallachei.

Herr Agent!

Da gewisse in der ottomanischen Konstitution gebrauchte Ausdrücke in einem irriegen Sinne ausgelegt worden zu sein scheinen, erachten wir es für notwendig, Ihnen zu erklären, daß die hohe Pforte niemals die Absicht gehabt habe, die Stellung der vereinigten Fürstenthäuser, wie sie sich aus den Verträgen ergibt, mittelbar oder unmittelbar zu beeinträchtigen. Da die Verfassung kein internationaler Alt ist, welcher eine Änderung der Verträge bewirken, noch auch die Bedingungen der politischen Existenz irgend eines der Länder alterieren kann, welche einen integrierenden Theil des ottomanischen Reiches bilden, so genügt es, daß die hohe Pforte bestätigt, daß die Stellung der Vereinigten Fürstenthäuser dieselbe bleibt, welche sie vor der Verfassung war, damit die Regierung Sr. Hoheit des Fürsten Karl in dieser Beziehung vollständig bestreitigt und beruhigt sei.

Genehmigen Sie, Herr Agent, ic ic.

(Ges.) Savet.

III.
Der rumänische Minister des Außenfern an den General Ghika, diplomatischen Agenten Rumäniens in Konstantinopel.

In Erwideration Ihres Telegrammes vom 7. Januar, welches den Wortlaut der schriftlichen Mittheilung enthält, welche Savet Pascha in Bezug auf unseren Protest an Sie gerichtet hat, ermächtige ich Sie, Sr. Excellenz, die Ansichten der Regierung Sr. Hoheit des Fürsten Karl in dieser Angelegenheit darzulegen.

Die Mittheilung des Herrn ottomanischen Ministers des Außenfern, vom Gesichtspunkte unserer Rechte aus geprüft, sowie diese durch die europäischen Verträge anerkannt und bekräftigt sind, ist nicht geeignet, die Reklamationen der rumänischen Regierung zu befriedigen.

Wenn es in der ottomanischen Charte Ausdrücke gibt, welche verschiedene Auslegungen fähig sind, so ist es gerade dies, was uns nicht befriedigt und noch weniger beruhigen kann, wie es Sr. Excellenz Savet Pascha wünscht.

Eine formelle, von der Regierung Sr. Kaiser. Majestät des Sultans ausgebende und durch seinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Regierung Sr. Hoheit des Fürsten Karl mitgetheilte Erklärung wäre allein geeignet, uns zu befriedigen.

Diese Erklärung soll enthalten, daß Rumänien nicht unter den ottomanischen Provinzen mitinbegripen sei, von welchen die am 23. Dezember erteilte Charte spricht; daß die Bande, welche Rumänien an das ottomanische Reich knüpfen, einzig und allein von den alten Kapitulationen herriihren, welche zwischen den rumänischen Fürsten und den ottomanischen Sultanen geschlossen und durch die Verträge festgesetzt wurden, welche in neuerer Zeit zwischen der Türkei und den europäischen Großmächten, die das politische Verhältniß Rumäniens unter ihre Kollektivgarantie gestellt haben, abgeschlossen worden sind.

Bukarest, 10. Januar 1877.

(Ges.) N. Jonescu.

Afrifa.

In Alexandrien hält man allgemein den Wiederaufstand des Krieges mit König Johannes von Abyssinien, der bekanntlich voriges Jahr nach schweren Niederlagen der egyptischen Truppen abgebrochen wurde, für sehr nahe bevorstehend. Zwar würde der Khedive für den Augenblick gerne darauf verzichten, die im Vorjahr erhaltene Schlappe wieder gutzumachen; aber König Johannes selbst wird nun seinerseits sehr übermuthig, und wiederholt soll er in jüngster Zeit verwüstend in jene Ländereien eingefallen sei, die sich im Norden an sein sogenanntes Christliches Königreich schließen und egyptisches Eigentum bilden. Noch vor Ablauf dieses Monats, heißt es, werden egyptische Truppen über Massawa an die abyssinische Grenze geschickt werden. Wie der „N. Fr. Pr.“ geschrieben wird, erblieb man eine Bürgschaft dafür, daß der diesjährige Feldzug glücklicher sein dürfe, als der vorjährige, darin, daß es dem Khedive gelungen sein soll, einen Bundesgenosse für den Krieg gegen König Johannes zu finden. Dieser Bundesgenosse ist der König Menilek von Schoa, derselbe König Menilek, bei welchem sich gegenwärtig eine italienische Gesandtschaft aufhält. Die staatliche Selbstständigkeit Schoa, welches im Südosten an das eigentliche Abyssinien grenzt, datirt erst aus neuerer Zeit; noch der große Negus Theodor von Magdala beherrschte Schoa ebenso wie das übrige Abyssinien. Erst nach seinem Halle erklärte sich Schoa unter Sehela Selassie zu einem unabhängigen Königreiche. Schela Selassie's Sohn, der den Fremden freundlich gesinnte Menilek, beherrscht es gegenwärtig. Er soll mit dem Khedive ein Bündnis geschlossen und sich verpflichtet haben, seinen verhassten Nachbar Johannes gleichzeitig mit den egyptischen Truppen anzugreifen. In Alexandrien war das Gerücht verbreitet, Menilek habe bereits die Feindseligkeiten eröffnet und es sei ihm gelungen, den abyssinischen Truppen eine schwere Niederlage beizubringen.

1.

Bukarest, 22. Dezember 1876 (3. Januar 1877). Der Minister des Außenfern an den Agenten Rumäniens in Konstantinopel, Gener. Ghika.

Ich habe Ihr Telegramm vom 20. Dezember (1. Jan.) erhalten, in welchem Sie mir die vom Sr. E. Savet Pascha über den Sinn und die Tragweite des Artifel VII. der konstitutionellen ottomanischen Charte gegebene Erklärungen mittheilen.

Diese Erklärungen haben bei der Regierung Sr. Hoheit des Fürsten Karl einen peinlichen Eindruck hervorgebracht.

Die Kapitulationen der rumänischen Fürsten mit den ottomanischen Sultanen haben zwischen der hohen Pforte und den vereinigten Fürstenthäusern genau bestimmte Verhältnisse begründet, welche nichts zu der Stellung dieser letzteren als souveräner Staat geändert haben.

Der legale Bestand dieser Verhältnisse ist durch den Vertrag und die Konvention von Paris begründet. Diese Kapitulationen bilden heute einen Theil des europäischen öffentlichen Rechtes. In Gemäßigkeit dieser Rechte hat Rumänien seit zwanzig Jahren verschiedene, von den Garantimächten und der hohen Pforte selbst anerkannte politische Akte nationaler Souveränität vollzogen. Welche Umgestaltung die ottomanische Regierung in ihrem inneren Regime durch

war, so wurden die Schlüssel zur Kirche einfach aus der Propstei geholt und so konnte die Kirche dem neuen Propstei vom Landratamt verwechselt werden. Letzterer hat noch, wie der „Kurher Poznański“ berichtet, an den Vikar Sobeski unter dem 16. d. M. einen Brief gerichtet, welcher in der Rücküberzeugung lautet:

„Ich benachrichtige Sie, daß ich befußt Einführung des vom Herrn Oberpräsidenten zum biegsamen Propstei ernannten Herrn Nowacki, aus der von Ihnen augenblicklich bewohnten Stube in dem Propsteigebäude die zur Pfarrkirche gehörigen Kirchenbücher, Kirchenglocken und Kirchenschlüssel genommen und sie Herrn Nowacki laut der Verfügung der königlichen Regierung eingehändigt habe, ebenso den Schlüssel zu Ihrem Zimmer, welchen mir Ihre Wirthin gab. Die Schlüssel zur Kirche sind Sie verpflichtet, sogleich nach Ihrer Rückkehr dem Propstei Nowacki zu übergeben, sich die Schlüssel zu Ihrer Stube auszubitten und sich ihm als Ihrem Vorgesetzten vorzustellen.“

— Samter, 15. Januar. Es dürfte von Interesse sein, nachträglich noch einige statistische Angaben der Reichstagswahl mitzuheilen, um zu zeigen, woran es gelegen, daß trotz aller Mühen es auch diesmal nicht gelungen ist, im Wahlkreis Birnbaum-Samter-Obornik einen deutschen Kandidaten durchzubringen.

Im Jahre 1877 waren:

Wähler	nach der Liste erschienen sind	S. O.	B. Rönne	Stadt	Von den abgegebenen Stimmen fielen auf	
					Wahlkreis	Samter
Kreis:						
Birnbaum	9020	6608	5	3799	500	2502
Obornik	8588	7377	13	2153	1276	3936
Samter	9411	7487	1	2778	161	4550
zusammen	27019	21472	19	8530	1937	10988
Im Jahre 1877					v. Nathusius-Ludom	Graf Lewilecki
Kreis:						
Birnbaum	9532	7579	9	4350	213	2972
Obornik	8726	7250	4	3301	95	3849
Samter	9360	7644	10	2761	62	4780
zusammen	27668	22473	23	10442	370	11601

Es ist allerdings ein Fortschritt im Ganzen für das Deutschthum gegen 1874 zu konstatiren, aber leider noch nicht genügend, um durchzudringen, was um so schlimmer ist, als sich konstatiren läßt, daß wenn die Befreiung der Deutschen rege gewesen und keine abweichenenden Stimmen abgegeben worden wären, ein anderes Resultat zu Tage gekommen wäre. Unsere frondirenden Junker haben es sich nicht nehmen lassen, ihre Stimmen abzusondern und auf den so eben erst wegen Aufristung zum Widerstand gegen die Staatsgesetze seiner Strafschaft entlassenen Herrn v. Nathusius-Ludom zu lenken. Trotzdem haben sie es nur auf die sehr kleine Zahl von 370 Stimmen gebracht. Wie gedenken wohl die Herren politischen Einfluß zu gewinnen, wenn sie einer überwältigenden Majorität mit ein paar hundert Menschen gegenüberstehen und dadurch die deutsche Sache gefährden, namentlich unserer polnischen Gegner gegenüber, welche alle mit größter Einigkeit gewählt haben. Man zieht so den ganzen Unwillen des verfehlten Resultats auf sich und verliert jeden Einfluß auf die Sache. Uebrigens hat Herr v. Nathusius-Ludom in dem Kreise seines Wohnsitzes im Oborniker Kreise, dort wo man ihn am besten kennt, nur 95 Stimmen erhalten, und zwar in dem Wahlbezirk seines eigenen Besitzthums Ludom 86 und in dem Bezirk Orlowo 9 Stimmen. Auch eine patriotische That, daß man mit Gefährdung der deutschen Sache, wenn Niemand anders will, sich selbst von seinen Leuten wählen läßt. Uebrigens ist auch in vielen sonst deutschen Bezirken, sei es absichtlich oder zufällig, die Wahlbefreiung eine außerordentlich geringe gewesen. So

acht Tagen fanden in der hiesigen evang. Kirche die Ergänzungswahlen zum Gemeinde-Kirchenräthe und zur Gemeindevorstellung statt. Die Theilnahme war ziemlich lebhaft und der Wahlkant verließ nicht ohne Erregtheit; denn die beiden Parteien, die streng-kirchliche und die freisinnige, suchten, trotz der Vorwahl, noch beim Wahlacte sich den Rang abzulaufen. Zu Kirchenräthen wurden gewählt: Kreisschulinspektor Gartner, Rechtsanwalt Jaeger und Gastwirth Kunkel, Letzterer wiedergewählt. Auch in die Gemeindevorstellung ist noch ein Beamter gewählt worden, nämlich: Gerichts-Sekretär Moldenhauer. Dem neu zusammengesetzten Kirchenvorstande wird auch in Zukunft die Wahl eines neuen Seelsorgers obliegen, da die hiesige Pastorstelle seit Neujaar vakant ist. Vorigen Donnerstag hielt Herr Superintendent Grützmacher aus Schneidemühl eine Sitzung des Kirchenvorstandes hier ab. Es wurden in derselben von den vielen Bewerbern um die erledigte Stelle nur vier zu Probebedingungen ausgewählt, von denen der eine, Pastor Schulz aus Sadde, nächsten Sonntag die erste halten wird. Bei der Reichstagswahl waren hier von 742 Stimmberichtigten 470 erschienen. Von den Deutschen war der Landrat Nollau aus Gniezen und von polnischer Seite der Rittergutsbesitzer v. Rogalski aufgestellt worden. Der Erste erhielt hier 157 und der Letzte 310 Stimmen, 3 Stimmen zerplitten sind. — Herr Dr. R. hat in den beiden letzten Sitzungsabenden des hiesigen Bildungsvereins einen vortrefflichen Vortrag über Cromwell und seine Beziehungen gehalten. — Andere geistige Genüsse boten ferner zwei Komödie und die musikalisch-dramatische Abendunterhaltung in der Residenz. — Sowohl die große Kälte als auch das plötzliche Thauwetter haben ein Menschenleben gefordert. Bei der Kälte ist ein Schmiedemeister vom Lande unterwegs erfroren und acht Tage später gefunden worden, und, als das Eis morsch geworden war, ertrank ein 19-jähriger Schlosserlehrling beim Schlittschuhlaufen auf dem nahen Durrower See.

Aus dem Gerichtssaal.

B. C. Berlin, 17. Jan. Der k. Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten, bestehend aus dem Obertribunals-Vizepräsidenten v. Hennicke als Vorsitzenden, den Obertribunals-Räthen Eggeling, Hartmann, Rappold, Kammerger, dem Oberbürgermeister v. Fortenbeck und dem Pfarrer Dr. Nieden, verhandelte heute zwei gegen den Dekan Rzezniewski zu Jarocin und resp. gegen den "Geheimen päpstlichen Delegaten, Domherren Kurkowski zu Posen wegen fortgezeter Zwiderhandlungen gegen die Staatsgesetze auf Amtsentsezung gerichtete Anlagen. Die erste führte in Betreff des R. vier verschiedene in der Zeit vom September bis Dezember 1874 begangene Fälle an, namentlich, daß er die in seiner Verwahrung befindlichen Kirchenbücher von Włodzimierzki, deren Pfarrer erledigt war, der requirirenden Staatsbehörde trotz zweier Exekutivstrafen von resp. 10 Thlr. und 4 Wochen Gefängnis nicht herausgegeben, daß er ferner der behördlichen Aufforderung des Kommissars für die erzbischöfliche Vermögensverwaltung, über die Grenzen und sonstige Verhältnisse des in seinem Kirchengebiet liegenden Pogorzelicer Pfarrwaldes, Bericht zu erstatten, trotz einer Exekutivstrafe von 30 Thlr. nicht nachgekommen, daß er sodann in der Kirche zu Włodzimierzki im Oktober und November geistliche Amtshandlungen, zu denen er gesetzlich nicht berufen und Kraft seines Deianis allein gar nicht berechtigt war, vorgenommen, (er war hierfür ebenfalls mit 30 Thlr. Geldstrafe belegt worden) und schließlich, daß er — was am meisten gegen ihn ins Gewicht fällt — im Des. 1874 vor der Kanzel der Kirche zu Włodzimierzki aus, angeblich im Auftrage der geistlichen Behörde und eines (unge nannten) päpstlichen Delegaten, vor versammelter Gemeinde feierlich die große Exkommunikation (Anathem) des Provinzials Kubecak in Zions, der, seiner Behauptung nach, "unverschämkt und hinterlistig eingedrungen" war, ausgesprochen hatte. Die Ansicht des ersten Strafrichters und des Appellationsgerichts zu Posen bezüglich dieser Handlungen ging darin, daß dieselbe nicht in das Gebiet der dem R. als Pfarrer oder Dekan zustehenden Amtshandlungen, sondern in das der bischöflichen Funktionen falle, und daß sich R. in Rücksicht darauf, daß die große Exkommunikation auch den bürgerlichen Verfehlern der Gläubigen mit dem Exkommunikirten bei Strafe verbietet, damit auch einer schweren Beleidigung des Provinzials Kubecak schuldig gemacht habe. Auf Grund dieser Thatfachen, die zu einer Verurteilung des R. zu 1½ Jahr Gefängnis führten, beantragte das Oberpräsidium der Provinz Posen und mit ihm heute der als Vertreter des öffentlichen Ministeriums fungirende Professor v. Richthofen die Amtsentsezung des R., die auch vom Gerichtshof ausgesprochen wurde.

Die zweite Anklage betraf den Domherren Kurkowski zu Posen, welcher nach der Inhaftsezung des Erzbischofs Ledochowski und des Weihbischofs Janiszewski heimlich und ohne Genehmigung des Oberpräsidiums deren bischöfliche Funktionen unter dem Titel eines päpstlichen Delegaten übernommen, als solcher in den Jahren 1874 und 1875 die Exkommunikation der Provinz Kubecak und Kiel veranlaßt, dem Provinzial Janiszewski die große Exkommunikation angedroht und an die Geistlichen der Diözese Instruktionen und Admonitionen gerichtet haben soll, welche unter Verdammung der staatsfreuen Geistlichen Widerstand gegen die Kirchengesetze nähren sollen. Namentlich richte-

teten sich diese theils von Posen, theils von Breslau aus per Post an die Adressaten gelangten und mit "Delegatus" unterzeichneten Instruktionen und Admonitionen, deren Inhalt schließlich allein die Basis der Anklage bildete, gegen die Zivilie, welche als vor Gott nichtig erklärt wurde. Des Vergehens gegen die Kirchengesetze angelaagt, wurde R. zu 2 Jahren Gefängnisstrafe verurtheilt, indem nämlich seine Identität mit dem "Delegatus" aus mehrfachen Indizien, aus seiner Verbindung mit dem offiziösen Organ der bischöflichen Kurie, dem "Kurier Poznański", ferner aus den Aussagen zweier Konsistorialbeamten, sowie durch die von dem bekannten Schreibhaber verständigen Henze und dem Kanzleirath Metzke vorgenommene Vergleichung der Handschriften und aus dem Umstände für erwiesen erachtet wurde, daß das auf den Briefen abgedruckte Siegel gutachtl. von einem in der Bekausung des R. vorgefundene Petzsch herstellt. R. hatte sein Erscheinen im heutigen Audienztermine mit dem Bemerk abgelehnt, daß er die Kompetenz des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten nicht anerkenne. Es wurde deshalb in contumaciam gegen ihn verhandelt und auf Grund der richterlich festgestellten Thatfachen aus § 21 des Ges. vom 12. Mai 1873 ebenfalls auf Amtsentsezung erkannt.

Vermischtes.

* "Berliner Pickwickier" nennt sich eine neue Posse von Salinger, welche in glänzender Ausstattung am Sonnabend im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater zu Berlin zum ersten Male in Scene ging. Die Kritik lobt den Regisseur und Dekorationsmaler, urtheilt aber über das Werk selbst abfällig. Die Aufführung stieß auch theilweise auf Opposition.

* Koblenz, 15. Januar. [Die erste Maihölle im Jahre 1877.] Als Kuriosität verdient gewiß erwähnt zu werden, daß gestern bereits frisches Maikraut aus dem Koblenzer Waldeheimgebracht worden ist, welches natürlich sofort zur Anrichtung einer Maihölle diente. — Da in dem Gärtnert des dem Schützenhofe gegenüber stationirten Bahnhofsvertreters nicht nur Erdbeerblätter, sondern auch schon halbreife Früchte zu sehen sind, dürfte die Möglichkeit, eine Erdbeerbowle herzustellen, auch nicht mehr fern sein.

* Prag. [Aus Wibb begierde erbängt.] Ein eigenhümlicher Vorfall veranlaßte in der Kornthorgasse eine große Menschenansammlung. Ein Arbeiter war dort vor einem Hause niedergekniet, hatte dann den Rock ausgezogen, das Hemd am Halse gelöst und sich hinter das Hausthor zurückgezogen. Einigen vorbeigehenden Passanten war der längere Aufenthalt des Verächtlichen hinter dem Thorode etwas auffallend. Als Einer derselben das Thor nicht öffnen konnte, wurde Lärm geschlagen und der herbeieilende Hausmeister sah zu seinem Schrecken, daßemand an der Thürzlinke hänge. Der bei Seiten abgeschnittene Arbeiter wurde hierauf auf das Kommissariat gebracht, wo derselbe, nach der Ursache befragt, angab, er habe nur probiren wollen, ob das Henkel ein angenehmer Tod sei.

* Ein englischer Philanthrop. Der jüngst verstorbene reiche Groß-Industrielle Sir Titus Salt hat im Testamente die Verwaltung seiner bedeutenden Stiftungen seiner Gattin und seinem Sohne übertragen. Es gehören dahin die in dem nach ihm benannten Orte Saltaire bei Bradford gelegenen Armenhäuser, Wohn- und Sonntagschulen, sowie Clubs. Gleichzeitig hat er eine Summe von 30,000 Pf. St. ausgesetzt, deren Einstrom zum Besten der Alten und Kranken in Saltaire und Nachbarschaft dienen sollen. Sir Titus, der 1803 in Morley geboren war, begann ein eigenes, nicht gerade bedeutendes Geschäft im Jahre 1834 zu Bradford, errichtete aber 1853 bei Shipley am Flusse Aire einen Fabrikspalast, wie ihn England nie gesehen hatte, umgeben von Wohnungen für die Arbeiter. Nach Errichtung der Bauten in Saltaire, die jetzt 20 Acres bedecken, ließ er ein Haus nach dem anderen erbauen und mit allen Erfordernissen der Zeitigkeit ausstatten, bis man vor einem Jahre etwa deren über 800 zählte. Er war Magistratsperson für Bradford, Vorsitzender der Handelskammer und von 1859—1861 (liberaler) Vertreter der Stadt im Unterhause. Im Jahre 1869 erhielt er die Baronetwürde. Seine Wohltätigkeit wird unvergessen bleiben. So schenkte er beispielweise für den Peel-Park in Bradford 1000 Pf. St. für ein Krankenhaus dasselbe 5000 Pf. St. dem Waisenhaus ließ er einen ganzen Flügel erbauen, dem Irrenhause von Lancaster gab er 5000 Pf. St. Das Volk ehrte ihn im Jahre 1874 durch Errichtung eines marmornen Standbildes im Mittelpunkte der Stadt, für welches 1000 Guineen und für dessen Baldachin mehr als 1500 Pf. St. ausgegeben wurden. Die Enthüllung des Denkmals geschah durch den Herzog von Devonshire, den Vater des Führers der Liberalen, des Marquess of Hartington.

* Allen (Reg.-Bei. Magdeburg), 13. Januar. Im hiesigen Wahlbezirk ist folgender Simmel abgegeben:

Der Kater braucht eine Wiege,
Dann wählt ich Amtsraath Diese,
In Barby an der Elbe Strand,
Für's liebe deutsche Vaterland.

* Der Gründer der Revue des deux Mondes. Herr François Buloz, welcher die Revue des deux Mondes im Jahre 1831 mit bescheidenen Mitteln gegründet und bis auf die jüngste Zeit mit unermüdlichem Eifer und einem fast beispiellosen materiellen Erfolge

geleitet hat, ist am 13. d. M. in Paris im Alter von 74 Jahren verstorben. Buloz, ein geborener Schweizer, war eine der originellsten Figuren der pariser Schriftstellerwelt, und es wird jetzt in der Tagesspreche Anekdoten über ihn regnen. Persönlich ohne jedes literarische Verdienst, als höchstens dasjenige eines guten Professors des französischen Styls, besaß er einen merkwürdig scharfen Blick für fremde Talente und die Kunst, diese sich und seiner "Revue" um möglichst niedrigen Preis dienstbar zu machen. Sein Geist ging so weit, daß er den ersten Beitrag eines neuen Mitarbeiters, und wenn derselbe auch noch so werthvoll war, nicht honorierte. Die Ehre sollte dem neuen Autökunst genügen, der erst nach gut bestandener Probe durch seine späteren Artikel mit der Kasse des Herrn Buloz Bekanntheit machen durfte. Durch mehr als dreißig Jahre trugen die bedeutendsten Federn Frankreichs geduldig das Joch des alten Raumes; war doch die Revue des deux Mondes aus einer populären Zeitschrift für Volkskunde, was sie ursprünglich sein sollte, die verbreitetste, gelesene und ansehnlichste periodische Sammlung literarischer Arbeiten aller Art, poetischer, wissenschaftlicher, philosophischer und politischer, die sichere Staffel zu akademischen, parlamentarischen und sogar ministeriellen Würden, das Drakel der ganzen französischen Bourgeoisie geworden! Erst in der neuesten Zeit lebten sich die jüngeren Geister einigermaßen gegen diese Tyrannie der "Revue" und ihres Leiters auf.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Deutsche Jugend. Illustr. Monatshefte. Herausgegeben von J. Lohmeyer, Verlag von A. Dür, Leipzig. Unter künstlerischer Leitung von O. Bleisch. Das Januar-Heft bringt an besonders werthvollen Beilagen: Die Elfen, dramatisches Spiel zur goldenen Hochzeit. Von Robert Reinick. (Aus dem Nachlaß dieses edelsten Jugenddichters.) Illustrirt von Paul Thumann. Den Schluss der trefflichen Biographie von Werner Hahn, mit Originalzeichnung von Wilh. Camphausen. — Eine schöne Ballade von Ferdinand Böhler: Die Linde von Sanshouci. — Den Schluss der Gedankenreihe von Wilhelm Osterwald, dem bekannten Kenner der alten deutschen Sagenwelt. — Der gute König, von J. Lohmeyer. — Eine anziehende Erzählung von W. Schalt: Exprobier-Heldenkunst, illustr. von dem genialen Thierezeichner Fed. Ullmer. — Ein lustiges "Katzlein im Mondenchein" von F. Oldenberg, in Mußt gezeigt von F. Bacius, mit Illustr. von Oscar Bleisch. — Rätsel von Emanuel Geibel und Friedr. Güll. — Sinnreiche Verstandesübungen von R. Löwicke. — Ein drolliges Schlafgedicht von Joh. Trojan. „Aler Liebling“ zu einer amüsanten Originalzeichnung von Paul Thumann.

* Von der österreichischen Feuerwehr-Zeitung ist uns die erste Nummer zugelassen. Das Blatt soll eine nicht auf Gewinn berechnete Unternehmung sein, und nennt sich Organ des mähr.-schles. Zentralverbandes, des steirischen Gauverbandes, des deutsch-tiroler Gauverbandes und des Bulowianer Landes-Verbandes. Dieselbe erscheint vorläufig mindestens einen Bogen stark in Groß-Quart-Format am 5. und 20. eines jeden Monats unter der Redaktion und im Verlage von Rudolf W. Rohrer in Brünn zum Preise von 2 fl. für das ganze Jahr. Die Nummer enthält: Das Feuerlöschwesen am Lande, seine Förderung und Hebung im Allgemeinen. Neher eine neue Konstruktion von Schlauchwagen. Eine Reihe von Mittheilungen aus den Verbänden. Vermisches.

Briefkasten.

Allen Freunden unseres Blattes, welche uns Mittheilungen über den Ausfall der Wahlen zum Deutschen Reichstage zugehen lassen sprechen wir unseren besten Dank aus.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 18. Januar. Gneist hat aus Zeitmangel seine Entlassung aus dem Oberverwaltungsgericht beantragt.

(Privatdepesche der Posener Zeitung.)

Breslau, 18. Januar. Der breslauer Schlachtwiehmarkt ist von der Behörde auf 21 Tage geschlossen worden, da zwei Stück frisches Vieh auf demselben angekauft wurden.

Grabkreuze und Monumente

in schlesischem und sarraschem Marmor. Sandstein und Metall, ferner guß- und schmiedeeisene Säiter liefern billig und schön, und übernehmen die complete Ausstellung und Konten-Nachladung für Posen.

E. Klug.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des hiesigen königlichen

Kreisgerichts werde ich

am 20. Januar 1877

Mittags 12 Uhr ab

in Schmiedel nachstehende Gegenstände, als:

1. ein großer stehender Spiegel,
2. ein Kronleuchter,
3. zwei schwärz gezeichnete Kanape,
4. sechs Schuhfüße,
5. ein großer runder Tisch,
6. ein Mahagoni Glasschrank,
7. zwei Mähmaschinen,
8. eine Grasmähmaschine,
9. eine Automobile,
10. ein großer 4 sitziger Kutschwagen,
11. eine Drischampfmaschine,
12. eine Flachsbrechmaschine,
13. ein 2 sitziger Kutschwagen,
14. zwei Kutschfedde

öffentliche meistbietend und gegen gleichbare Zahlung verkaufen Kosten, den 12. Januar 1877.

Arndt.

Auktions-Kommissar.

Das Rittergut

Sieroszowice,

Kreis Adelnau, bei Ostrowo,

1200 Morgen groß, wird

am 24. d. Mts.

unwiederruflich, am Orte Dom. Brodziszewo b. Samter verkauft stehend Birkenholz und Stangen.

Gin Gut

von 2—3000 Morgen in Polen, möglichst in der Nähe der preuß. Grenze, wird zu kaufen gesucht. Offeren ab X. 4223 an Rudolf Wosse, Breslau.

Bekanntmachung.

Die unter Nr. 82 unseres Gesellschafts-Registers unter der Firma

Mr. Goewenthal & Söhne eingetragene Handels-Gesellschaft ist aufgelöst und der Kaufmann Simon Voewenthal zu Berlin, Ankerstraße Nr. 34 zum Liquidator bestellt worden. Eingetragen zufolge Verfügung vom 16. Januar 1877 an denselben Tage.

Bromberg, den 16. Januar 1877.

Königliches Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der landwirtschaftliche Verein zu Nowowracław veranstaltet am 30. Mai 1877 in Nowowracław eine Thierschau

und Ausstellung von auf das Landwirtschaftlich lebenden Maschinen, Geräthen und Produkten, verbunden mit einem Pferderennen, und erlaubt sich ergebnisse sie mit denselben zu machen, widrigstet sie mit denselben werden ausgeschlossen und der aufgerufene Kapitals-Versicherungs-Schein wird für kraftlos erklärt werden.

Berlin, den 7. November 1876.

Königl. Stadtgericht.

Erste Abtheilung für Civil-

sachen.

In unserem Gefängnisse sind jederzeit Gefangene disponibel, welche sofort mit geeigneten Industriearbeiten kontraktlich beschäftigt, auch auf Außenarbeit gegeben werden können. Offeren werden täglich entgegengenommen.

Thorn, den 15. Januar 1877.

Königliches Kreisgericht.

Bei dem unterzeichneten Gericht ist das öffentliche Aufgebot des angeblich abhanden gekommenen Kapitals-Versicherungsscheines Nr. 145, Fol. 8, in welchem die Berlinische Renten- und Kapitals-Versicherung-Bank unter dem

Der Vorstand Hirsch.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Gericht ist

das öffentliche Aufgebot des angeblich

abhanden gekommenen Kapitals-Versicherungsscheines Nr. 145, Fol. 8, in

welchem die Berlinische Renten- und

Kapitals-Versicherung-Bank unter dem

Der Vorstand Hirsch.</p

